



Polemisches zur Theorie u. Praxis der sozialen Frage.

Von
Paul Kampffmeyer.
(Rehfelde.)

Vor mehr denn einem Jahre untersuchte ich in dieser Zeitschrift¹⁾, ob gewisse dialektische Entwicklungstheorien in dem sozialdemokratischen Parteiprogramm konsequent zum Ausdruck kämen. Mit dieser Untersuchung hoffte ich eine lebhafte Diskussion über die theoretischen Grundfragen des Programmes zu entzünden, und es gelang mir auch, die Herren Dr. Conrad Schmidt und Emil Lang für meine Ausführungen zu interessiren. Conrad Schmidt wies kurz in der wissenschaftlichen Beilage des Vorwärts auf die Wichtigkeit der von mir angeregten Untersuchung hin, und Emil Lang beehrte sie mit einer längeren Kritik.²⁾ Leider streifte Lang bei seiner Polemik ziemlich oberflächlich die springenden Punkte meiner Untersuchung und verweilte dagegen mit grossem Behagen bei einigen meiner nebensächlichen Bemerkungen. Ich spreche z. B. ganz allgemein von der Gruppe von festen, jeder grauen Theorie abholden Realpolitikern, die aus unseren, das heisst: aus unseren gesammten Parteiverhältnissen deutlich hervortreten, und Emil Lang erzählt mir nun, dass er keinen Genossen kennt, „der nicht voll und ganz auf dem Boden des Erfurter Programms“ steht. Mein Kritiker hält mir eine kleine Vorlesung aus meiner „sozialen Frage auf dem Lande“, um mir zu zeigen, dass ich einst in der Eroberung der politischen Macht die Grundlösung der Agrarfrage sah. Ich muss gestehen, ich dachte mir früher das Räthsel der sozialen Sphinx bedeutend leichter wie heute. Lang bezweifelt ferner meine Behauptung, dass in früheren Zeiten die englischen Arbeiter ihre ökonomischen Kämpfe ohne Koalitionsfreiheit und ohne politische Rechte führten, und diese Behauptung ist wohl bei dem grauen Alter der ökonomischen Kämpfe und bei der relativen Jugend der uneingeschränkten englischen Koalitionsfreiheit unleugbar. Lang erzählt mir ganz wissenswerthe Thatsachen von der schon frühzeitig entwickelten Bewegungsfreiheit der englischen Arbeiter, von den Fortschritten der belgischen Schutzgesetzgebung seit der Antheilnahme der Sozialisten an den parlamentarischen Kämpfen, von den Ursachen der Niederlage der Hamburger Hafenarbeiter. Alles sehr interessante Thatsachen, aber sie gehören, streng genommen, nicht hierher. Ich finde die gewichtige Rolle der Gewerkschaftsbewegung in dem Emanzipationskampf

1) Soz. Monatshefte, 1897, No. 1, pag. 3 ff.

2) Soz. Monatshefte, 1897, No. 3, pag. 153 ff.

der Arbeiter nicht gebührend im Erfurter Programm gewürdigt und weise auf einen mageren Satz hin, der kurz die ökonomischen Kämpfe erwähnt. Und Lang giebt mir als Antwort zurück, die Forderungen zum Schutz der Arbeiterklassen enthalten Alles, „dessen die Arbeiter zur Führung ihrer ökonomischen Kämpfe bedürfen“. Kein Wort dann über das Ziel dieser Kämpfe selbst, kein Wort über die organisatorische Vorarbeit der Gewerkschaften zum sozialen Zukunftsbau! Eine ganz nebensächliche Bemerkung von mir über den Generalstreik ermuthigt ihn zu einer kleinen Geschichte dieses Kampfmittels. Er gedenkt dann der Taktik der Unabhängigen; ich habe aber nur diese Taktik wissenschaftlich erklärt, nicht vertheidigt. Er schildert den Heroismus der Arbeiter unter dem Ausnahmegesetz und singt das Hohelied von den sozialdemokratischen Wahlerfolgen, und ich habe weder den Heroismus der verfolgten, geknebelten Proletarier, noch die grossen Wahlerfolge in Frage gestellt. Ich bestreite die allgemeine, absolute Verschlechterung der Arbeiterverhältnisse seit 1848, und Lang rüffelt mich schulmeisterlich, dass ich in der beliebten Manier der Vulgär-ökonomien die absolute mit der relativen Hebung der Arbeiterklasse verwechselt habe. Ich finde bisher nur wenig brauchbares Material über den Umfang der Reserve-Armee und über ihren Druck auf die Löhne der beschäftigten Arbeiter, und Lang theilt mir nun das funkelnelagelne Faktum mit, dass das deutsche Reich wirklich eine Arbeitslosenstatistik besitzt. Diese viel befahdene, dürftige Statistik eines einzigen Jahres oder besser zweier Tage eines einzigen Jahres kann doch nimmer die durchschnittliche Grösse der Reserve-Armee, namentlich aber nicht den Druck dieser auf die Löhne der beschäftigten Arbeiter feststellen. Und dies können sicherlich auch nicht die von Lang angeführten Veröffentlichungen des Labour Departement des englischen Handelsministeriums? Doch ich lasse mich gern eines Besseren belehren. Ich konstruire mir einseitig abstrakt den Vollmarschen Standpunkt — das thut man bekanntlich wissenschaftlich sehr oft — und Lang hält mir nun den wirklichen Vollmar, den Vollmar in Fleisch und Blut entgegen. Schliesslich wirft mein Kritikus in rühmlicher Offenherzigkeit viele meiner Ausführungen als herzlich überflüssig bei Seite, denn sie finden sich schon besser und eingehender bei Kautsky und Schoenlank, und — wägend mit gerechten Händen — zählt er mich dann offenbar zu der Schaar der Dummköpfe, die das Programm „noch nicht einmal voll und ganz verstanden haben“. Zum Thema selbst sagt Lang bitter wenig. Er wirft mir eine sehr kurzköpfige, einseitige Auffassung der dialektischen Entwicklungstheorie vor. Die Ueberwindung des Elends, so polemisiert Lang gegen diese meine vermeintlich falsche Auffassung, wird niemals durch seine Zuspitzung allein erreicht werden. Sie wird nur möglich nach eingetretener Aenderung der Produktionsweise, d. h. nach Aufhebung der kapitalistischen und Einführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung. Lieber Herr Lang, die Akkumulation des Kapitals und die Zunahme des Proletariats sind nach Marx zwei Seiten ein und desselben Prozesses. Sagen wir daher Vermehrung des Proletariats, so sagen wir zugleich Akkumulation des Kapitals, technische Umwälzung der Produktionsweise. Wir brauchen daher nur immer von einer Seite des Prozesses zu reden. Emil Lang bestreitet, dass das Erfurter Programm

von einer allgemeinen Verelendung bis zur völligen Arbeits- und Obdachlosigkeit spricht. Davon steht natürlich kein Wort im Erfurter Programm, wir haben auch nicht eine derartige Verelendung in das Programm hineingelesen. Wir tadeln an dem Programm nur, dass es bestimmte gegensätzliche Tendenzen unserer Wirthschaftsweise zu sehr verallgemeinert.

Es ist wirklich bedauerlich, dass Emil Lang von dem Hauptstrang des Themas immer auf Nebenstränge hinübergeglitten ist, wir hätten sonst vielleicht eine recht fruchtbare Diskussion über die Theorien des Erfurter Programms gehabt. Wenn Emil Lang planmässig dem Gang meiner Untersuchung gefolgt wäre, so würde sich für ihn vielleicht folgende Disposition ergeben haben. Zunächst hätte er untersucht, ob ich die dialektische Entwicklungstheorie von Marx und Engels richtig wiedergab, und dann wäre er zu den Fragen übergegangen: Liegt dem Erfurter Programm die dialektische Theorie zu Grunde, und kommt sie dort immer konsequent zum Ausdruck? Vielleicht würde er in seiner Kritik noch den Beweis erbracht haben, dass die wirklichen ökonomischen Thatfachen der dialektischen Entwicklungstheorie genau entsprechen. Wie reich an Anregungen wäre dann die Kritik Langs gewesen!

Und nun müssen wir leider unsere Arbeit wieder von Neuem beginnen. Also gehen wir nochmals an eine Charakteristik des dialektischen Entwicklungsgesetzes. Nach ihm werden nämlich gewisse Phasen des menschlichen Wirthschaftslebens von dem Gesetz des Widerspruchs beherrscht. Es pflegt sich im ökonomischen Leben ein Gegensatz zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften auszubilden. Die Produktionsverhältnisse werden zu eng für die sich mächtig ausdehnenden Produktivkräfte, sie werden zu Ketten derselben. Die Produktivkräfte sprengen nun die Fesseln, und es erfolgt eine Epoche der sozialen Umwälzung. An dem Widerspruch der engen Produktionsformen und den sich gewaltig reckenden Produktivkräften ging die handwerksmässige und kleinbäuerliche Produktionsweise zu Grunde, an ihm bricht auch die kapitalistische zusammen. „Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt.“ Nach der dialektischen Theorie zeigen nun Prozesse, die ihrer Natur nach antagonistisch sind, die einen Widerspruch in sich enthalten, ein eigenartiges Umschlagen des Extrems in sein Gegentheil. Die Negation der Negation ist eben nach Marx und Engels ein Entwicklungsgesetz der Natur und der Geschichte. Nach der Ansicht beider Theoretiker tobt sich der Widerspruch zwischen der Organisation der Produktion in der Fabrik und der Anarchie der Produktion innerhalb der Gesellschaft in verheerenden Krisen aus, und er erreicht eine solche Höhe, dass er sich schliesslich selbst aufhebt. Die furchtbarste Anarchie der Produktion schlägt in ihr Gegentheil, in die gesellschaftliche Ordnung und Leitung der Produktion um.

Die dialektische Entwicklungstheorie — und damit kommen wir zum zweiten Punkte der Diskussion — beseelt nun vollkräftig das Erfurter Programm. Dieses schildert lebhaft und packend, wie die kapitalistische Umwälzung für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten „wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des

Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung“ bedeutet. Die Krisen werden immer umfangreicher und verheerender, und die allgemeine Unsicherheit wird der Normalzustand der Gesellschaft. Wieder gährt in der Tiefe der Gesellschaft der alte Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen. Die Produktivkräfte sind der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen, sie zersprengen die zu eng gewordenen Produktionsformen, die Formen des kapitalistischen Privateigentums. Und nun fragen wir — und damit steuern wir dem dritten Diskussionspunkte zu: Steht mit diesem düsteren Grau wachsender Verelendung und Knechtung der Arbeiterklasse, das so stark im Programme aufgetragen ist, nicht im grellen Gegensatz das Hoffungsgrün der weit-ausgreifenden politischen Programmforderungen? Wird mit der wachsenden ökonomischen Knechtschaft der Arbeiter nicht auch ihre politische zunehmen? Der Staat ist ja nach der sozialdemokratischen Theorie ein Klassenstaat, und die herrschende Klasse wird, je näher sie sich dem allgemeinen Zusammenbruche fühlt, ihren staatlichen Machtapparat nachdrücklichst zur Niederhaltung der beherrschten Klasse verwenden. Sie wird daher nicht mit vollen Händen die Segnungen freiheitlicher und demokratischer Einrichtungen auf die breiten kämpfenden Volksmassen herabstreuen. Die politischen Forderungen des Programms, die einer planmässigen Demokratisierung von Staat und Gesellschaft das Wort reden, sie bäumen sich gegen die graue dialektische Gegensatztheorie, gegen die Zusammenbruchsidee auf. Man kann uns zwar entgegenhalten, dass die politisch-freiheitlichen und demokratischen Einrichtungen, die hier die Sozialdemokratie „zunächst“ fordert, vollkommen von dem theoretischen Theile des Programms losgelöst werden können, aber dennoch fühlt Jeder, der sich des innigen nothwendigen Zusammenhangs von Theorie und Praxis bewusst ist, das dringende Bedürfniss, den theoretischen und praktischen Theil des Programms organisch mit einander zu verknüpfen. Und immer gebieterischer treten daher an uns die Fragen heran: Lässt sich die Zusammenbruchstheorie, lässt sich die dialektische Entwicklungslehre mit diesen Forderungen vereinbaren? Ist vielleicht die Zusammenbruchstheorie unhaltbar? Und mit dieser Frage werden wir auf einen heissen, jetzt vielfach betretenen Kampfesboden gedrängt. Bekanntlich hat Eduard Bernstein, gestützt auf ein reiches Thatachenmaterial, in der Neuen Zeit die Zusammenbruchstheorie energisch angefochten³⁾. An der Hand dieses Materials bezweifelt er, dass dereinst infolge einer umfassenden, verheerenden ökonomischen Krisis der grosse Kladderadatsch hereinbrechen wird. Nach seiner Ansicht spricht eine grosse Wahrscheinlichkeit dafür, „dass wir mit dem Fortschritt der wirthschaftlichen Entwicklung für gewöhnlich überhaupt nicht mehr mit Geschäftskrisen der bisherigen Art zu thun und alle Spekulationen auf solche als die Einleiter der grossen gesellschaftlichen Umwälzung über Bord zu werfen haben werden.“ Mit der fortschreitenden Entwicklung der Gesellschaft wird „ein annähernd gleichzeitiger, völliger Zusammenbruch des gegenwärtigen Produktions-

³⁾ Eduard Bernstein: Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft. Neue Zeit, 1897/98, No. 16 ff.

systems nicht wahrscheinlicher, sondern unwahrscheinlicher, weil dieselbe auf der einen Seite die Anpassungsfähigkeit, auf der anderen — bezw. zugleich damit — die Differenzirung der Industrie steigert.“

Bernstein scheint uns, wenn er streng folgerichtig die hier ausgeführten Ideen zu Ende denkt, auf eine gründliche Kritik des Erfurter Programms, das in so schwarzen Farben die wachsende Verelendung und Vernechtung der Masse und die zunehmende verheerende Wucht der Krisen schildert, loszusteuern. Wenn er nun die Krisentheorie des Erfurter Programms klar ins Auge fasst, dann wird ihm leicht ihr Zusammenhang mit den dialektischen Entwicklungstheorien von Marx und Engels aufgehen. Und er wird sein kritisches Messer an diese Entwicklungstheorie setzen müssen. Seine ganze Auffassung des wirtschaftlichen Umwälzungsprozesses als eines allmählichen organischen Wachsthumsvorganges spricht schon dafür. Er weist kurz von der Hand die übertriebenen Vorstellungen, die man sich bisher oft vom tollen Galopp der wirtschaftlichen Entwicklung gemacht hat. Die Vernichtung der Kleinbetriebe und die Zuspitzung der Eigentumsverhältnisse gehen nicht so schnell vorwärts, wie dies einstmals das kommunistische Manifest träumte. Schritt für Schritt bildet sich die kapitalistische Wirtschaftsweise in die sozialistische um, und kein sozialdemokratischer Staat kann den Kapitalismus wegdekretiren. Allmählich greift der Einfluss der organisierten Gesellschaft in die Sphäre des kapitalistischen Monopolismus ein. Die Alleinherrschaft des Kapitalisten in der Werkstatt wird durch ein weitgreifendes Fabrikgesetz gebrochen. In der Gemeinde, im Kreise, in der Provinz, im Staate verwirklicht sich ein grosses Stück Sozialismus durch die Ueberführung wirtschaftlicher Privatunternehmungen in den öffentlichen Betrieb. „Es hat in der Geschichte,“ so führt Bernstein aus, „noch keine Umwälzung von so grosser Tragweite gegeben, wie die von der Sozialdemokratie erstrebte. Umso unwahrscheinlicher, sie mit einer Katastrophe durchsetzen zu können. Es bedarf dazu langer, sehr in die Tiefe gehender Arbeit.“ Dieser Gedanke leuchtete mir schon vor sechs Jahren ein, als ich noch in den Reihen der unabhängigen Sozialisten marschirte. Im Jahre 1892 schrieb ich in meiner kleinen Schrift über die Bedeutung der Gewerkschaften gegen den Wunderglauben von der allerlösenden Gewalt der Revolutionen. „Die Arbeiter träumen sich zu leicht in den Gedanken hinein, dass eines Tages die soziale Revolution gleichsam wie eine überirdische Gottheit zur Erde herabsteigen wird, um alle Wunden mit einmal zu heilen und alle Thränen mit einmal zu stillen. O nein! die Sonne, die heute noch bei ihrem Untergange auf gefesselte Sklaven herablickte, wird nicht morgen bei ihrem Aufgange auf freie Menschen niederschauen... Wir müssen uns daran gewöhnen, alle unsere Zukunftspläne auf innere berechenbare Faktoren, nicht auf äussere, ganz unkontrollirbare Faktoren aufzubauen. Die innere Fortentwicklung der Arbeiter, die Kräftigung ihres Machtbewusstseins, ihre zielbewusste Thätigkeit, ihre Befähigung zu der wirtschaftlichen Führung der Produktion, das sind wirklich bestimmte zuverlässige Grössen, die man bei sozialpolitischen Berechnungen gebrauchen kann. Gewiss, wir leugnen nicht, dass grosse äussere unvorhergesehene Ereignisse eine bedeutende Rolle in den Emanzipationskämpfen der Arbeiter-

klasse spielen können, aber es steht auch sicher fest, dass sie nur dann mit Erfolg von der Arbeiterklasse ausgenutzt werden können, wenn diese die innere Reife zur Verwaltung der Produktion erlangt hat.“ Das Problem der Emanzipation der Arbeiterklasse wird eben nicht durch einen gewaltigen Schwertstreich auf dem politischen Schlachtfelde gelöst, sondern durch eine umfassende Organisationsthätigkeit der wirthschaftlichen Verbände, durch eine Steigerung des Macht- und Kraftbewusstseins der Arbeiterklasse, durch eine prinzipielle sozialistische Massenpropaganda, durch eine freiheitliche politische Volksbewegung. Wir krankten in Deutschland leider lange an einer Ueberschätzung der politischen Machtmittel und glaubten an wahre Zauberkräfte des Staates. Daher führte Eduard Bernstein gerade zur rechten Zeit der Sozialdemokratie die Schranken ihrer politischen Macht vor Augen, wenn sie bei der noch heut vorhandenen Zersplitterung der Betriebe etwa an das Ruder kommen sollte. „Sie könnte,“ schreibt er, „den Kapitalismus nicht wegdekretiren, ja, ihn nicht einmal entbehren, und sie könnte auf der anderen Seite ihm nicht diejenige Sicherheit gewährleisten, deren er bedarf, um seine Funktionen zu erfüllen. An diesem Widerspruch würde sie sich unrettbar aufreiben, und das Ende könnte nur eine furchtbare Niederlage sein.“

An grosse neue Aufgaben, wie die Einrichtung und Kontrollirung umfassender staatlicher Produktionsstätten hätte nach Bernstein der neugeborene sozialdemokratische Staat gar keine Zeit zu denken. Den gleichen Gedanken sprach Hans Müller vor zwei Jahren aus in seiner Broschüre: *Die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung*⁴⁾. „Die Sozialdemokratie in Deutschland,“ so schrieb er, „an die Regierung gekommen, kann nichts Sozialistisches thun; sie kann und wird das Staatswesen gründlich reformiren müssen, und das wird sehr heilsam sein. Aber den Kapitalismus wird sie nicht beseitigen können. Verstaatlichungsversuche grossen Stils werden nothwendig scheitern und nur den Sturz der neuen Regierung bewirken.“ Die politischen Machtmittel sind eben nicht die grossen Hebel, mit denen man einfach die kapitalistische Welt aus den Angeln heben kann. Die Politik steht in vollständigster Abhängigkeit von der Oekonomie. Die Oekonomie ist die in allen politischen Institutionen lebende, gestaltende Kraft. Die politischen Verhältnisse erhalten erst Form und Gehalt von den ökonomischen Verhältnissen. Daher erreicht die Arbeiterklasse erst ihr grosses Ziel mit der Eroberung der ökonomischen Macht. Die Arbeiterschaft setzt sich in den grossen Wirtschaftsorganisationen, in den Gewerkschaften, Genossenschaften, in den kommunalen und staatlichen Betrieben fest und schränkt Schritt für Schritt die ökonomische Machtfülle der Kapitalisten ein. Sie schreitet über die „konstitutionelle Fabrik“ zur sozialistischen fort. Eine ungeheure, grundstürzende wirthschaftliche Organisationsarbeit führt zur Eroberung der wirthschaftlichen Macht, nicht ein schneller Barrikadensieg. Diese Einsicht in das Wesen der grossen wirthschaftlichen Macht- und Organisationsfrage des Sozialismus schliesst sich offenbar dem klaren Kopfe Bernsteins auf. Und diese Einsicht wird ihn zu einer Nachprüfung der politischen Theorien der Arbeiterklasse leiten. Wie

⁴⁾ Vergl. Soz. Akademiker, 1896, No. 1, pag. 16 ff.

wenig haben wir meist bisher das Wesen des Staates, seine Machtgrenzen, seine einzelnen Wandlungen von seinen starrsten, autoritärsten Formen an bis zur modernen Demokratie studirt, wie wenig die Frage erörtert, welche staatlichen Funktionen von freien wirthschaftlichen Organisationen übernommen werden können. Wir waren bisher in dieser Hinsicht meist sehr bescheiden, wir wussten ja, dass der Staat ein Klassenstaat war, und das genügte uns. Endlich, endlich scheinen wir unsere verfluchte theoretische Bedürfnisslosigkeit, die sich so oft mit leeren Schlagworten abspeisen liess, zu verlieren. Wenn man die neuesten Wandlungen des Anarchismus und Sozialismus aufmerksam verfolgt, so erhält man den Eindruck, als regte sich wieder frischer Blüthentrieb in der sozialistischen Theorie und Praxis. In italienischen Blättern erhebt der überzeugte, leidenschaftliche Verfechter des Anarchismus, Saverio Merlino, seine Stimme für die Wahlen und den parlamentarischen Kampf⁵⁾, und in deutschen Zeitschriften philosophirt der „Marxist“ Eduard Bernstein mit dem Hammer an den alten Theorien des „Marxismus“ herum. Ein Glückauf allen diesen kritisch-theoretischen Arbeiten! Sie werden eine feste, granitne Grundlage für die Theorie und Praxis des Sozialismus schaffen.

Von der Sachsengängerei.

Von

August Winter.

(Königshütte.)

In den Dörfern und Dörfchen der Provinzen Posen und Westpreussen, eines Theils der Provinz Brandenburg und auf der rechten Oderseite Schlesiens geht es im Winter immer sehr ruhig zu; die Bewohner liegen in einer Art Winterschlaf. Nur ein Theil von ihnen findet für 30—50 Pf. Tagelohn Arbeit auf dem Hofe, der andere Theil sitzt müssig oder so gut wie müssig zu Hause. Mit Besenbinden und dergleichen Arbeiten ist nicht viel zu verdienen, daher wird auch das mehr und mehr vollends eingestellt. Und doch geht es den Leuten besser als früher, als sie den ganzen Winter auf den Domänen beschäftigt wurden. Die genannten Gegenden sind nämlich die Heimathsgenden der Sachsengänger, die im Winter die Ersparnisse von ihrem Verdienst im Sommer langsam aufzehren. Bei ihrer ausserordentlich einfachen Lebensweise reichen die 100—200 Mk., die ein Mädchen oder ein Bursche im November oder Dezember mit nach Hause gebracht hat, bis in den März oder gar in den April.

Von Weihnachten oder Neujahr ab haben die Agenten in den Kneipen der Dörfer ihre Werbearbeit gethan; wer irgend konnte, hat sich einschreiben lassen, und jetzt in den Frühlingsmonaten ist die Zeit gekommen, dass die Tausende junger Leute ihre kleinen Hütten in Posen oder Schlesien mit einer „Polenkaserne“ auf einem Gutshofe in Sachsen und in anderen Gegenden vertauschen müssen.

⁵⁾ Vergl. Saverio Merlino: Sozialismus und sozialistische Doktrin. Soz. Monatshefte, No. 10, pag. 535 ff.

Wer in dieser Zeit auf schlesischen oder posenschen Bahnstrecken reist, kann die Auswandererschaaren aus nächster Nähe betrachten. Er wird sie auf den ersten Blick erkennen, an der Dürftigkeit und Einförmigkeit der Kleidung — bunte Kattun- oder Barchent-Sachen sind bei den Mädchen, zweinähtige Langschäfter, lange Röcke und Pelzmützen bei den Burschen die Regel — an den Koffern, Säcken, Bürden, die sie mit sich schleppen, und am — Geruch, wenn er ihnen in die Nähe kommt oder gar das Glück hat, mit ihnen in demselben Wagen zu fahren. Jetzt ist das übrigens nur noch auf kleineren Strecken möglich; wo es nur irgend thunlich ist, werden die Sachsengänger in besonderen Wagen, von ihren Hauptsammelplätzen aus sogar in besonderen Zügen, befördert. An gewissen Wochentagen bieten namentlich die Bahnhöfe Breslau-Mochbern und Kohlfurt mit ihren vielen Hunderten Wanderarbeiter eigenartige Bilder. Kein Plätzchen ist in den Wartehallen frei, alle Bänke, Stühle und Tische sind besetzt und belegt, selbst der Fussboden ist mit Schlafenden bedeckt, die ohne jede Ordnung, Mädchen und Burschen durcheinander, neben ihren Kisten und Koffern, gelegentlich fast übereinander, herumliegen und da Geräthe verbreiten wie sie schlimmer kaum in sibirischen Etappengefängnissen sein können. Meist sind sie hier bereits zu bestimmten Gruppen vereinigt, die unter der Führung von Agenten oder Landwirthschaftsbeamten stehen, die die Wanderer an ihre Bestimmungsorte bringen, nachdem sie sie an verabredeten Treffpunkten abgeholt haben.

Diese Bestimmungsorte liegen durchaus nicht mehr nur in Sachsen, sondern seit vielen Jahren werden schlesische und posensche Wanderarbeiter weit über Sachsen hinaus, bis hinauf an die Nordsee-Gegenden und bis an den Rhein und nach dem Elsass gebracht. Für kaum 10 Mk. werden sie von der Ost- bis an die Westgrenze des Reiches transportirt; die niedrigen Fahrpreise sind nebenbei ein „kleines Mittel“ gegen die Noth der Strohdachflücker. In garnicht geringer Zahl reisen posensche und oberschlesische Polen auch nur nach dem auf der linken Oderseite gelegenen Theile Mittel- und Niederschlesiens, der Heimath des Rübenbaues und der Zuckerfabrikation, wo gerade in diesen Jahren die Zuckerfabrikation ihr 100jähriges Jubiläum feiert.

Auch Posen und Westpreussen brauchen, allerdings nur zu gewissen Zeiten im Sommer und im Herbst, Wanderarbeiter, zur Zeit der Getreide-, namentlich aber zur Zeit der Kartoffelernte. Aus Russisch-Polen kommen dann die Schnitterfamilien und Kartoffelgräber nicht nur zu Hunderten, sondern zu Tausenden. An den Grenzübergängen stauen sie sich und ergiessen sich dann in hellen Schaaren regellos, da die Vermittelung durch Arbeitsnachweise noch gänzlich fehlt, über die posenschen und westpreussischen Güter an der Grenze und dringen von Jahr zu Jahr tiefer ins Innere. Meines Wissens hat diese Zuwanderung fremder Wanderarbeiter, obwohl sie durchaus nicht unbeträchtlich ist, noch viel zu wenig die öffentliche Aufmerksamkeit erregt.

Wie die Sachsengänger an ihren Arbeitsplätzen untergebracht werden, darüber ist bereits so viel geschrieben worden, dass wir uns eine ausführliche Schilderung erlassen. Man müsste dem Städter Photographieen der „Polenstuben“ vorlegen, damit er sich einen Begriff von den Wohnräumen der Sachsengänger und der Unverschämtheit deutscher Gutsbesitzer machen kann, die sich erdreisten, in unmittelbarer Nähe ihrer Schlösser Menschen schlechter als ihr Vieh unterzubringen.

Der Umfang der Sachsengängerei nimmt noch immer zu. Die Zählungen der landwirthschaftlichen Wanderarbeiter, von denen man allerdings durchaus nicht Alle mit dem Namen Sachsengänger bezeichnen darf, scheinen wenig zuverlässig zu sein. Als wahrscheinlich wird für 1890 die Zahl von 75 000 Sachsengängern angegeben; 1893 sollen 89 000 gezählt worden sein. 1890 sollen 14 500 aus Brandenburg, 3000 aus Pommern, 16 500 aus Westpreussen, 15 000 aus Posen und 26 000 aus Schlesien gekommen sein.

Die schlesischen, in ihrer grossen Mehrzahl oberschlesischen, Sachsengänger beanspruchen ein besonderes Interesse, mehr ihrer besonderen Eigenschaften wegen, als deshalb, weil sie das Hauptkontingent stellen. Unseren deutschen Gutsbesitzern sind die Oberschlesier am liebsten. Sie kommen aus der elendesten, weil zugleich feudalsten Ecke des Reiches, wo Lohn und Lebenshaltung der Landarbeiter noch am tiefsten stehen. Die Oberschlesier sind deshalb auch in der Fremde die billigsten, willigsten und fleissigsten Arbeiter. Von ihrer Lebenshaltung schreibt Kärger: Die schlechteste Lebenshaltung zeigen ganz ohne Zweifel die Oberschlesier. Sie essen fast niemals Fleisch, sondern höchstens ein paar Heringe.

Besonderes Kopfzerbrechen verursacht sozialpolitischen Schriftstellern, die sich mit der Sachsengängerei beschäftigt haben, der grosse Fleiss, die Arbeitshuberei der Oberschlesier, die in einem merkwürdigen Gegensatz zu der lüderlichen und lässigen Arbeitsweise dieser Leute in ihrer Heimath zu stehen scheint. Herkner (Arbeiterfrage) kann sich diesen Gegensatz nicht anders als psychologisch erklären, aus der Einwirkung des Aufenthaltes in der Fremde auf den Menschen. Welche Mühe sich doch manchmal die Gelehrten geben, um ein recht einfaches Verhältniss zu verschleiern. Herknerns psychologische Erklärung, von der man nebenbei garnicht einsehen kann, weshalb sie gerade von den Oberschlesiern gelten soll, ist unnöthig. Herkner meint, die Oberschlesier seien in ihrer Heimath von Natur aus faule und lüderliche Arbeiter, und diese Thatsache sei die Ursache ihrer niedrigen Löhne. Hierin liegt der Ursprung seines Irrthums; er hat das thatsächliche Verhältniss einfach umgekehrt, nicht absichtlich, wohl aber doch verleitet durch die Besorgniss, nur ja nicht den Herren Junkern auf die Zehen zu treten. Thatsächlich ist es nämlich so, dass die Arbeiter schlecht arbeiten, weil die Löhne schlecht sind, und weil sie sich durch bessere Arbeit höhere Löhne nicht erringen können. Die zu einem sehr grossen Theile noch in sehr rückständiger Weise wirthschaftenden oberschlesischen Gutsbesitzer kommen mit Hilfe von Brennereien und industriellem Besitz noch immer mit schlechter landwirthschaftlicher Arbeit durch und zahlen höchstens für ganz kurze Perioden der Arbeitshäufung etwas mehr. Da aber, bei höheren Löhnen, und immer wenn „auf Akkord“ gearbeitet wird, zeigt es sich, dass höhere Löhne die Vorbedingung für bessere Arbeit sind. Auf Wanderungen durch das schlesische Flachland wird man überall, wenn man nach der Ursache der schlechten Arbeit fragt, von Arbeitern und einsichtigen Landwirthschaftsbeamten die Antwort erhalten: für das Geld ist es genug! Geringere Löhne und schlechte Behandlung sind nicht geeignet, gute Arbeiter zu erziehen; die Junker Oberschlesiens aber würden sich freuen, wenn die Arbeiter so thöricht wären, sie durch tüchtige Arbeit zur Zahlung besserer Löhne bewegen zu wollen. Oder glaubt Herkner, dass sie sich dazu bewegen lassen würden? Wenn ja, dann ist er ein unheilbarer Optimist gegenüber den trotzigen

und egoistischsten Junkern Preussens — denn das sind die oberschlesischen. In der Fremde erziehen in erster Linie höhere Löhne, in zweiter ein grösseres Maass von Freiheit, als sie es zu Hause gewöhnt sind, die Oberschlesier zu tüchtiger Arbeit. Die oberschlesischen Gutsbesitzer lernen daraus natürlich nichts. Für wirklich tüchtige Arbeiter hätten sie auf ihren Wirthschaften auch keine Verwendung.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch gleich einen weiteren Irrthum Herkners inbetreff der oberschlesischen Sachsengänger berichtigen. Er meint, wahrscheinlich verführt durch das Geschrei über den Arbeitermangel in der Landwirthschaft, dass die Oberschlesier in ihrer Heimath Arbeit finden könnten, dass sie sich nur durch die höheren Löhne nach dem Westen locken liessen und durch Arbeiter aus Russisch-Polen ersetzt werden müssten. Das ist nur zu einem sehr kleinen Theile richtig, wie die Angaben des Oppelner Gewerbe-rathes im Bericht für 1896 zeigen mögen. Als Sachsengänger haben 1896 Oberschlesien verlassen fast 15 000 Personen, von diesen stammten aus der Landwirthschaft fast 14 000. In die landwirthschaftlichen Betriebe zugewandert sind dagegen nur etwa 3600 Personen, von denen übrigens weitaus die meisten nicht aus Russisch-Polen, sondern aus Oesterreich (Galizien) kamen. Das zeigt, dass, wenn der Zuzug oberschlesischer Landleute in den Industriebezirk durch höhere Löhne auf den Gütern aufgehalten würde, die oberschlesischen Gutsbesitzer die als Sachsengänger abwandernden Arbeiter kaum vermissen würden.

Wenn doch endlich auch die Professoren einsehen lernten, dass das Geschrei über den Arbeitermangel viel weniger auf absolutem Mangel an Landarbeitern beruht, als auf dem Mangel an so billigen und willigen Arbeitern, wie unsere Junker sie wünschen.

Es ist längst aufgegeben worden, über Thatsachen der Sachsengängerei, über ihre moralischen Schäden und dergleichen zu jammern. Die Landwirthschaft ist ein Saisongewerbe oder vielmehr ein ganzes System von Saison-gewerben, und deshalb ist die Anziehung und Abstossung grosser Arbeitermassen etwas Selbstverständliches geworden. Was die Moral der Sachsengänger betrifft, so ist es reine Heuchelei zu behaupten, dass die Wanderarbeiter in ihrer Heimath, vor der Zeit der Wanderungen, sittlicher gewesen wären, als jetzt, und moralischer gelebt hätten, als die schon längst mobil gemachten Arbeiter Mittel- und Westdeutschlands. Wenn man das entsetzlich ungebildete und rohe Volk Oberschlesiens betrachtet, das allerdings in den Augen gewisser Leute, die es zu ihren politischen Zwecken missbrauchen, als das „gute, treue oberschlesische Volk“ gilt, dann freut man sich vielmehr darüber, dass endlich einmal die Massen etwas in Bewegung kommen, bessere Zustände und Sitten kennen lernen und dadurch selbst nach und nach besser werden. Die Voraussetzung dieser sittlichen Besserung ist allerdings eine bessere materielle Grundlage ihrer Existenz, die aber wollen die oberschlesischen Grafen, Barone, freien Standesherrn etc. ihren Leuten durchaus nicht gönnen.

Die Sachsengängerei ist nöthig geworden durch die Abwanderung der intelligenteren Elemente vom Lande nach den Städten und den Industriegegenden. Sie wäre aber auch, obschon nicht in ihrem gegenwärtigen Umfange, nöthig geworden, wenn diese Abwanderung minder gross gewesen wäre. Der moderne landwirthschaftliche Betrieb steht nun einmal jetzt in einer Periode, in der er zu gewissen Zeiten grossen Arbeitermassen bedarf, in anderen mit relativ sehr

wenig Arbeitern auskommt. Maschinenarbeit, Rüben- und Kartoffelkultur haben das verursacht. Es wäre thöricht, wenn die Gutsbesitzer soviel Arbeiter, als sie während des Sommers brauchen, aufs ganze Jahr mietten wollten. Sie müssten entweder noch viel geringere Löhne zahlen oder Bankrott machen. Da, wo wir die fortgeschrittensten Betriebe haben, brauchen die Gutsbesitzer auch am meisten die Polen für die Sommerarbeit, und je mehr die landwirthschaftlichen Betriebe Deutschlands fortschreiten, desto mehr Wanderarbeiter werden sie vor der Hand brauchen, wenn die Industrie weiter blüht und einem starken Zufluss vom Lande unterbringen kann.

Am Ende freilich, glauben wir, wird auch die Wanderarbeit sich vermindern. Die Landwirthschaft leidet am Mangel ihrer Entwicklung, sie entwickelt sich aber u. E. in der Richtung der Industrialisirung. Der Hauptfortschritt wird darin bestehen, dass sie von der Rohproduktion übergeht zur Verarbeitung ihrer Produkte, von der Erzeugung von Früchten zur Erzeugung von Lebensmitteln. Müllereien, Bäckereien, Fleischereien, Molkereien, Obstverarbeitung u. s. w. lassen sich mit grossen landwirthschaftlichen Betrieben verbinden. Diese Betriebe aber bringen eine grössere Stetigkeit in den ganzen Wirthschaftsgang, und wenn, vor Allem auch in der Feldbearbeitung und Hackfruchtkultur, die Maschinen einen grösseren Einfluss erlangt haben werden, wird der Bedarf an Wanderarbeitern im Verhältniss zu den ständigen durchaus nicht mehr so gross sein.

Nebenbei bemerkt: dann wird auch das Modegeschwätz von der Ueberlegenheit des landwirthschaftlichen Kleinbetriebes gegenüber dem Grossbetriebe sich als solches erweisen. Auch Kleinbesitz und Grossbetrieb werden sich in gewisser Weise vereinigen lassen. Die Vermittelung wird vielleicht die genossenschaftliche Organisation übernehmen. Vom genossenschaftlichen Betriebe mancher Zweige der landwirthschaftlichen Produktion ist es dann zum genossenschaftlichen Eigenthum nicht mehr so weit.

Doch lassen wir die ungewisse Zukunft und betrachten wir zum Schluss die unmittelbar vor unseren Augen sich abspielende Wirkung der Sachsengängerei.

Diese ist nämlich geradezu eine revolutionäre. M. Webers Wort, dass die Mobilisirung der Landarbeiter zugleich der erste Anfang der Mobilmachung zum Klassenkampfe ist, ist durchaus wahr. Es ist wahr für die Wanderarbeiter selbst, es ist aber auch wahr für den stumpfsinnigen Rest der ansässigen deutschen Landarbeiter, der zur Abwanderung in die Stadt und zur Industriearbeit nicht fähig gewesen ist. Der ansässige Arbeiterstand nimmt übrigens rapide ab; kein Unglück, wenn man bedenkt, dass die sesshaften Landarbeiter die materiell und geistig elendeste Klasse der Bevölkerung repräsentiren. Die Gesindeordnung ist mehr, de facto als de iure, eine Art illegaler Fortsetzung der Gutsunterthänigkeit, und die unter ihr Lebenden scheinen fast alle Kraft verloren zu haben, sich selbst emporzuarbeiten. Wer in seinen jungen Jahren nicht vom Lande flüchtet, ist später an den Junker verkauft. Glücklicher Weise öffnet so manchem Ochsen- und Pferdeknecht der Militärdienst noch zur rechten Zeit die Augen.

Der Pole und die Polin lernen in Mittel- und Westdeutschland Dinge und Zustände kennen, von denen sie sich zu Hause nichts haben träumen lassen; eine neue Welt geht vor ihren Augen auf, und wenn auch ihre Fassungs-gabe einstweilen noch gering ist, sie wird Jahr um Jahr grösser. Der Ein-

fluss der Sachsengänger auf ihre Heimath muss nach und nach immer deutlicher hervortreten, schon jetzt jammern die Gutsbesitzer und ihre geistlichen Freunde darüber. Wenn diese aber jammern, können wir uns sicher freuen.

Die ansässigen Arbeiter aber, mit und neben denen im Sommer die zugewanderten Polen arbeiten, bleiben auch nicht unberührt von der sich vollziehenden Umwandlung. Die aufs Jahr gemiethten Arbeiter erhalten niedrigere Löhne, als die Sachsengänger, nicht nur, weil ihnen Wohnung und Deputat angerechnet wird, sondern mit der ausdrücklichen Begründung, dass sie sich einen geringeren Lohn deshalb gefallen lassen müssen, weil sie auch im Winter da bleiben dürfen. Was aber dabei der Gutsbesitzer als Wohlthat auslegt, kommt einem Theile der Arbeiter, den jüngeren besonders, als Plage vor, er wünscht auch unter die Wanderarbeiter zu gehen. Die Folge ist, dass die Landarbeiterlöhne steigen müssen. Der grösste Mangel an den landwirthschaftlichen Löhnen ist ihre Starrheit, die noch von der Umrechnung der früheren Naturalleistungen in Geldwerthe stammt und sich deshalb nur sehr langsam zerstören lässt. Am Sachsengängerwesen zerschellt diese Starrheit. Hier gab es keine Naturallieferungen umzurechnen, man hatte freie Arbeiter vor sich, wenigstens freiere, als die ansässigen es sind, und musste sich bei den Lohnfestsetzungen doch wenigstens einigermaassen noch den Industrielöhnen richten. Dass damit aber auch die Starrheit der Löhne der ansässigen Arbeiter ins Wanken geräth, ist selbstverständlich.

Es gäbe noch mancherlei, um die revolutionirende Wirkung der Sachsengängerei zu illustriren, auch die politischen Vorstellungen der betheiligten Arbeiter kämen dabei in Betracht, doch für heute sei das Vorstehende genug.

Die Agrarier schreien unausgesetzt nach Erleichterungen in der Anwendung von Wanderarbeitern; auch Ausländer wollen sie haben, österreichische und russische Polen, da die preussischen nicht mehr genügen. Sie wissen im Grunde garnicht, was sie damit thun. Sie glauben für ihre Taschen zu arbeiten, arbeiten aber doch der fortschreitenden Revolutionirung der gesamten Landwirthschaft in die Hände. Sie vollziehen damit unbewusst eine geschichtliche Forderung: den Untergang der Junkerklasse, die zur Fortbildung der Landwirthschaft unfähig ist, deshalb aber von dieser selbst beseitigt werden wird.

Der Sozialismus und die Kirchen.

Von
Franz Lütgenau.
(Dortmund.)

Wer unbefangen den gegenwärtigen Zustand der protestantischen Kirchen betrachtet, der wird zu dem Urtheil kommen, dass dieselben fast ihre ganze Kraft aus der Unterstützung des Staates schöpfen und dass sie — in Deutschland wie in anderen Ländern — in demselben Augenblick eine Macht zu sein aufhören werden, wo der Staat ihnen seine hilfreiche Hand entzieht. Aeusserungen, die dieses Urtheil enthalten, liessen sich in Menge anführen, ebensowohl von orthodoxen und liberalen Protestanten, wie von Katholiken und von nichtkirchlichen Männern. Von Anfang an ist die evangelische Kirche — darin am meisten der Religion des alten Rom ähnlich — an den politischen Staat gebunden gewesen und hat damit auch ihr Schicksal an das des Staates geknüpft. Die altrömische Religion ging unter, als der römische Staat Kompromisse mit dem Christenthum zu schliessen begann, als die ausschliessliche staatliche Privilegirung der alten Religion aufhörte.

Werden die evangelischen Kirchen ein anderes Schicksal haben? Haben sie bei der freiwilligen Abhängigkeit, in die sich ihre Gründer den Landesherren gegenüber begeben, ein anderes Schicksal verdient? Es ist bemerkenswerth, dass Melancthon selbst sich seine Rücksichtnahme auf die Fürsten in dogmatischen Dingen schon wiederholt zum schweren Vorwurf gemacht hat. In einem Briefe, den er am 2. November 1540 aus Worms vor dem Religionsgespräch an Camerarius richtete, nennt er Eck, Cochläus, Nausea „unverschämte Heuchler“ und führt fort: „Diese werden über unsere Hälsen das Urtheil sprechen, obwohl sie unsere Sache nicht verstehen. Wenn es aber Gelegenheit geben wird, unsere Angelegenheiten auseinanderzusetzen, so werde ich mich mit Gottes Hülfe bemühen, die nützlichen Ansichten, über die wir streiten, klar, wahr, ohne Verdrehung und mit Ernst zu entwickeln. Das kann ich um so leichter, weil ich aufgehört habe, auf den Willen der Fürsten Rücksicht zu nehmen, und ich dabei ein ruhigeres Gewissen habe als früher.“ 1556 wandte er sich in der Abendmahlstrage; damals schrieb er an Hardenberg: wenn er das Leben behalte, werde er sich an einem Ort äussern, wo ihn die Höfe nicht hinderten; und an Mord-eisen, der seine Aengstlichkeit getadelt hatte: „Ich weiss, dass Euer Hof die Vertheidigung der Wahrheit in diesem Artikel nicht dulden wird.“ Luther gab betreffs der Messe Friedrich dem Weissen nach, der die Stiftungen für Privatmessen nicht wegfallen lassen wollte. Wie diese Abhängigkeit der Reformatoren von den Fürsten sich rächt, zeigt unsere Gegenwart.

Die katholische Kirche hat jederzeit eine andere Lage besessen, ein anderes Verhalten beobachtet. Man könnte sagen, dass das Christenthum derjenigen Periode, in der es römische Staatsreligion ward, ausgenommen werden müsse. Aber damals war das Christenthum auch noch nicht Kirche im äusseren Sinne — die äussere Bedeutung hat das Wort im ersten halben Jahrtausend unserer Zeitrechnung nirgends. In der Feudalzeit stand die Kirche über den weltlichen Gewalten; sie erhob den Anspruch darauf und setzte ihn überwiegend auch durch. Als die feudale Gesellschaft in die kapitalistische überging, verstand es die Kirche, für ihre verlorene Macht als oberste Feudalherrin einen Ersatz dadurch zu schaffen, dass sie sich den Kapitalismus und die modernen Machtmittel und Einflusswege kapitalistischer Provenienz dienstbar machte. Dass sie diese Aufgabe mit ausserordentlichem Geschick lösten, darin besteht die Bedeutung der Jesuiten. Immer noch ist die katholische Kirche die mächtigste Organisation der Gegenwart. Sie besiegte einen Bismarck und verstand es, diesen über die herrschenden Gewalten in Deutschland errungenen Sieg auszunützen zur Verstärkung ihrer Position im gesammten Europa.

Aber der Weitblick der römischen Kirche oder der Männer, die sie leiten, reicht auch in die Zukunft. Den Bestand der Kirche zu sichern auch in der modernen und der nachkapitalistischen Gesellschaft, das scheint der Plan zu sein, durch den sich die wichtigsten neueren Akte des Katholizismus erklären.

Es giebt Leute, die das letzte Dogma, das vatikanische vom unfehlbaren Papst — der aber nur unfehlbar ist, wenn er ex cathedra eine bestimmte Lehre über das Gebiet des Glaubens oder der Sitte zur ausdrücklichen Glaubensvorschrift macht — einfach damit abthun, dass sie es einen ungeheuerlichen Anachronismus, eine Ironie auf das Ende des neunzehnten Jahrhunderts nennen. Es ist aber viel verständiger, zu fragen, was die kluge und weitblickende Leitung der Kirche mit dem Vorschlage jener Lehre an das vatikanische Konzil bezweckt haben möge. Ich schliesse mich Harnack darin an, dass die ausschliessliche Glaubensentscheidung durch den Papst, ohne ein Konzil, die Verständigung mit modernen Forschungsergebnissen ausserordentlich erleichtert. Der Papst allein ist die Quelle der verbindlichen Glaubenslehren, und wenn auch der Vatikan die Ansicht (Günthers), es ändere sich der Sinn der Dogmen je nach dem fortschreitenden Stande der Wissenschaft, verurtheilt hat, so behält doch der Papst die Möglichkeit der Revision des bisherigen Dogmenbestandes, selbstverständlich nur nicht unter dem Titel einer Korrektur. Ein Beispiel. Nehmen wir an, dass, statt von einer Descendenztheorie einmal allgemein in der Wissenschaft von einem Descendenzfaktum gesprochen werde. Strikt beweisen wird sich dieses Faktum niemals lassen, es lässt sich nur vergleichen, ob die Masse der Thatfachen sich befriedigender durch die eine oder durch die andere Voraus-

setzung erklärt. Aber nehmen wir an, die kompetenten Männer der Wissenschaft acceptiren die Descendenztheorie so einmüthig, dass in kirchlichem Interesse die Berücksichtigung dieser Lehre geboten wäre — würde die Anerkennung oder Duldung derselben dem Papste Schwierigkeiten bereiten? Nein, er könnte sie zulassen mit dem einen Vorbehalte, dass mit der physischen Entwicklung ein göttlicher Akt, die Schöpfung einer immateriellen Seele, zusammengegangen wäre. Die Anhänger des vulgären Büchner-Moleschottischen Materialismus werden ja auch diesen Vorbehalt absurd finden. Aber sie selbst sind mit ihrer Erklärung des Verhältnisses zwischen Stoff und Gedanken ganz auf dem Holzwege, und die jetzt so stark vertretene Richtung der Psychophysiker, die zwei parallele Vorgangsreihen, eine physische und eine psychische, aber ohne gegenseitige Einwirkung, annehmen, verzichtet vorläufig geradezu auf die Lösung der Frage. Der historische Materialismus aber, bekanntlich die Methode der sozialistischen Theoretiker, erklärt nur den Denkinhalt, nicht den Denkvorgang. Der letztere gehört zu den noch ungelösten Fragen — und bis zu ihrer Lösung hat die kirchliche (dualistische) Auffassung nicht weniger Recht als jede andere Theorie.

Es ist interessant, wie Harnack beim vatikanischen Dogma direkt auf die geschichtsmaterialistische Auffassung stösst, die gewonnene Gelegenheit des weiteren Ausblicks aber nicht benützt, sondern — sich flugs umdreht. Er sagt nämlich von den Vorgängen, deren Ergebniss das vatikanische Dogma war, sie seien lehrreich für den politischen Historiker, belanglos (!) für den, welcher die Geschichte des Dogmas verfolgt*). Die sozialen Abhängigkeits- und praktischen Machtverhältnisse sind eben der Untergrund und das Erklärungsprinzip für den Inhalt der Kirchen- (mit Einschluss der Dogmen-) Geschichte.

Der Papst ist, so vermuthet ich, nicht ein Anhänger des historischen Materialismus. Wohl aber versteht man in Rom, die Zeichen der Zeit zu deuten, und erkennt man dort sehr gut die sozialen Veränderungen unserer Epoche.

Kann man das Wesen der kapitalistischen Produktion richtiger bezeichnen als es Papst Leo XIII. thut in der Encyklika über die Arbeiterfrage vom 17. Mai 1891? In deren Eingange wird das moderne Elend auf das Monopol der Kapitalisten an den Produktionsmitteln zurückgeführt: „Das Kapital ist in den Händen einer geringen Zahl angehäuft, während die grosse Menge verarmt; und dabei wächst in den Arbeitern das Selbstbewusstsein und das Gefühl der Stärke, sie organisiren sich in immer engerer Vereinigung. Das Alles hat den sozialen Konflikt wachgerufen, vor welchem wir stehen . . .“. Und: „Produktion und Handel sind fast zum Monopol von Wenigen geworden, und so konnten wenige übermässig Reiche dem arbeitenden Stande nahezu ein sklavisches Joch auflegen.“ An anderer Stelle allerdings umschreibt dieselbe Encyklika den Satz, dass die Sünde die Ursache alles Elends sei, und erklärt: „Allein die Religion ist zu einer vollkommenen inneren Abhilfe befähigt.“ Ist das Monopol an den Arbeitsmitteln die Ursache der Noth oder ist es die Sünde? Oder ist das Monopol an den Arbeitsmitteln die Sünde par excellence? Die Encyklika ist übrigens nicht ex cathedra erlassen.

Der dem Vatikan nahestehende Osservatore romano brachte vor einigen Jahren eine Artikelserie über Katholizismus und Sozialismus. Das Ergebniss der Untersuchung war: Die katholische Kirche kann sich vertragen mit der monarchischen, aber ebenso gut mit der republikanischen Staatsform. (Siehe Frankreich!) Sie kann sich aber nicht minder vertragen mit jeder Wirthschaftsform, also ebenso wie mit der bürgerlichen auch mit der sozialistischen Republik. Heisst das nicht: in historischem Weitblick einen modus vivendi suchen mit der künftigen sozialistischen Gesellschaft?

In der nächsten Zeit wird übrigens eine päpstliche Kundgebung veröffentlicht werden, welche die Möglichkeit eines Zusammenwirkens der Katholiken und Sozialisten noch schärfer betont als die früheren Aeusserungen des Papstes.

Es ist auch der Beachtung werth, dass die dem Vatikan am nächsten stehende Zeitschrift, die *Civiltà cattolica*, seit einigen Jahren die Sache des Sozialismus und die

*) Dogmengeschichte, Bd. III, pag. 648.

führenden Personen unter den Sozialisten (Bebel, Liebknecht) mit Verständniss und Hochachtung behandelt.

Die katholische Kirche wird, anders als die protestantische, den Zeitabschnitt der kapitalistischen Produktion weit überdauern. Und der Sozialismus, der den Kapitalismus abzulösen berufen ist, wird die ideale Freiheit respektiren, welche die Unabhängigkeit der Kirche von den Gewalten der weltlichen Gesellschaft einschliesst.

Sophja Kowalewskaja.

Von

Ellen Key.

(Stockholm.)

Sophja Wassiljewna wurde im Jahre 1850 als Tochter des Generals Corvin-Krukowskij auf dem Familiengute Palibino in dem schönen Gouvernment Witebsk geboren. In dem Geschlecht waren viele Nationalitäten vertreten, und Sophja sagt gelegentlich über ihre Abstammung Folgendes:

„Der Wissensdrang in mir stammt von meinem ungarischen Stammvater König Matthias Corvinus; die Neigung zu Mathematik, Musik und Lyrik von meinem deutschen Urgrossvater, dem Astronomen Schubert; meine individualistische Freiheitsliebe von Polen; von einer Stammutter des Zigeunervolkes die Wanderlust und die Abneigung gegen konventionelle Formen — alles Uebrige von Russland.“

Dies Uebrige, das spezifisch Russische, eine Zusammensetzung von vielen Eigenthümlichkeiten und Temperamentschwankungen, zeigt sich vor Allem in dem geistigen Reichthum, durch den das russische Volk in den letzten Dezennien die Aufmerksamkeit Westeuropas geweckt hat. Die russische Intelligenz scheint noch dieselbe gewaltige Kraft zu besitzen, wie das russische Volksthum überhaupt, eine unerschöpfliche Gabe, sich etwas anzueignen, zu erschaffen und zu geben, eine Universalität, wie sie Westeuropa seit der Renaissance nicht mehr gezeigt hat. Aber mit dieser intensiven Lebensenergie und Produktionsfähigkeit mischt sich im Russen der resignirte Fatalismus des Morgenländers, eine unendlich tiefe Schwermuth — das russische Volk hat *l'esprit gai et le coeur triste*, wie keine andere Nation der Welt.

Bei Sophja Kowalewskaja sind diese Grundzüge ihrer Nation vorhanden, verstärkt durch schöpferisches Genie und die Leidenschaft des Weibes. Sie selbst hat uns in den Schwestern Rajewskij eine fesselnde Schilderung von der Entwicklung ihrer eigenen Nation gegeben, von dem fortwährenden Drang ihres Herzens nach Liebe und der Sehnsucht ihrer Seele nach Befriedigung. Wir können beobachten, wie die strahlenden, graugrünen Augen der kleinen Tanja vor Interesse leuchten bei den Familiengesprächen über die Ideen der neuen Zeit; wir sehen, wie sie im Geheimen die in- und ausländischen Zeitschriften studirt, und folgen ihr in die herrlichen grünen Wälder und das Luftschloss der Dichterträume. Wir sind bei ihr, wenn sie stundenlang die an Stelle der Tapeten aufgeklebten Differential- und Integralrechnungen betrachtet — ihr erster Einblick in die Wissenschaft, der sie später angehören sollte. Wir wissen auch, dass die Zeit vor der Aufhebung der Leibeigenschaft¹⁾ und der letzte polnische Aufstand²⁾ in ihrer Seele

¹⁾ Siehe: Die Familie Woronzow.

²⁾ In ihrem Nachlass fand man die Schilderung einer Erinnerung an ihre Kindheit aus dieser Zeit.

tiefe Eindrücke hinterlassen hatte. Dass nur die Persönlichkeit den Werth des Menschen bestimmt, wurde für sie schon sehr früh eine Lebenswahrheit.

In diesen und anderen Beziehungen erhielt Sophja einen grossen Theil ihrer Erziehung durch ihre um einige Jahre ältere Schwester Anjuta, welche von den Gedanken des jungen Russlands beeinflusst wurde und durch ihre angehende Schriftstellerthätigkeit in ein freundschaftliches Verhältniss zu Dostojewskij trat. Die jüngere Schwester nahm mit ihrer ganzen Seele an den Plänen und Ideen der älteren Theil, aber in der hochvornehmen Familie erweckten die „modernen“ Ansichten der jungen Töchter natürlich Zorn und Schmerz.

Keines der Kapitel ihrer Erinnerungen hat sie betitelt: Wie ich Mathematiker wurde. Ueber dies wichtige Ereigniss ihres Lebens werden wir wohl nie mehr zu wissen bekommen, als die schon oft erwähnten Thatsachen, dass das zwölfjährige Mädchen mit einem gleichalterigen jungen Mathematiker studirte, und dass sie sich mit solcher Leidenschaft dem Fache widmete, dass ihr Vater dies „unweibliche“ Studium unterbrach. Sie setzte es im Geheimen fort und erfand dabei selbst — ähnlich wie Pascal — die Trigonometrie. Ein Freund der Familie, der diese ungewöhnliche Begabung entdeckte, vermochte es durchzusetzen, dass sie mathematischen Unterricht erhielt, als die Familie in Petersburg wohnte. Aber alle ihre Bitten, die Studien fortsetzen zu dürfen, wurden abgeschlagen, da man in der russischen Aristokratie jedes junge Mädchen, welches von der Familie getrennt sich der Wissenschaft widmete, als dem Nihilismus anheimgefallen betrachtete.

Um diese Zeit machte die fünfzehnjährige Sophja die Bekanntschaft eines jungen Studenten, namens Kowalewskij, welcher sich erbot, sie zu entführen, um ihr die Freiheit zu verschaffen. Aber der Arzt der Familie, welcher den Plan der jungen Leute durchschaut hatte, meinte, dass dies den Tod ihres Vaters, welcher an einer Herzkrankheit litt, herbeiführen könnte. Das junge Paar entschloss sich daher, eine fiktive Ehe einzugehen. Beide betrachteten die Ehe als „eine Institution mit dem Zweck, jungen Mädchen die Studienfreiheit zu verschaffen“, und reisten gleich nach der Heirath verschiedene Wege, er um die Naturwissenschaften, sie um Mathematik zu studiren.

Im Jahre 1869 wurde die junge kaum sechzehn Jahre alte Frau Studentin an der Universität zu Heidelberg, und nach einigen Jahren ernster Arbeit dort begab sie sich nach Berlin, wo die Universität allerdings nicht für Frauen zugänglich war, wo aber die begabte Russin bei dem grossen Mathematiker Weierstrass ein so lebhaftes Interesse erweckte, dass er ihr vier Jahre lang Einzelunterricht ertheilte. Und er wurde für sie nicht nur ein eifriger Lehrer, sondern auch ein brüderlicher Freund, welcher, als sie einige Jahre später als Wittve allein in der Welt stand, ihr die Stelle einer Schwester in seinem Heim anbot — ein Angebot, das nicht angenommen wurde, aber bei Sophja ein noch innigeres Dankbarkeitsgefühl erzeugte. Nur um diesen Freund zu besuchen, reiste sie vor ihrer letzten Krankheit nach Berlin.

Nach einem vierjährigen Studium bei Weierstrass sandte Sophja auf sein Anrathen drei Abhandlungen nach Göttingen, und diese erregten ein so grosses Aufsehen, dass die Verfasserin ohne weitere Prüfung zum Doktor an der Universität ernannt wurde — eine bisher nicht ertheilte Auszeichnung.³⁾

³⁾ Der Titel der Dissertation lautete: Zur Theorie der partiellen Differentialgleichungen (1874). Unter ihren übrigen mathematischen Schriften sind zu nennen: Ueber die Reduktion



SOPHJA KOWALEWSKAJA.

Um diese Zeit waren grosse Veränderungen in dem Leben Sophja Kowalewskajas eingetreten. Das Verhältniss des Ehepaares Kowalewskij, bis dahin nur das zweier Studienkameraden, wurde schliesslich anderer Art. Im Herbst 1879 wurde ihr erstes und einziges Kind geboren. Das Wanderleben musste wohl nun mit einem gemeinschaftlichen Heim in Moskau vertauscht werden, wo Wladimir Kowalewskij — selbst ein hervorragender Mann der Wissenschaft — zum Professor der Paläontologie ernannt werden sollte, als er 1883 plötzlich starb. Die grosse väterliche Erbschaft seiner Frau war schnell zusammengeschmolzen; so hatte sie z. B. aus eigenen Mitteln die Zeitung Nowoje Wremja gegründet. Die junge Wittve stand deshalb mittellos da; sie sah sich gezwungen, für sich und ihre Tochter Erwerb zu schaffen. Sie suchte zuerst in Russland Arbeit, wo man der über ganz Europa bekannten Mathematikerin eine Stellung als Lehrerin im Rechnen bis zur — 5. Klasse einer Mädchenschule anbot. Sie suchte an der Universität zu Helsingfors Stellung, wo die Sympathieen für sie sehr gross waren, aber ihre Bewerbung scheiterte doch an nationalen Bedenken.

Um diese Zeit war Professor Mittag-Leffler noch an der Universität Helsingfors thätig und erfuhr von einigen russischen Damen, dass ihre begabte Landsmännin irgend eine Universitätsstellung suchte. Durch seine Vermittelung kam Sophja Kowalewskaja im Herbst 1883 nach Stockholm; ihr kleines Mädchen hatte sie bis auf Weiteres bei ihren Verwandten in Russland untergebracht. Während des Sommersemesters 1884 hielt sie als Privatdozent an der Hochschule zu Stockholm Vorlesungen, und zwar mit solchem Erfolg, dass sie in demselben Jahr als Professor der höheren mathematischen Analysis an der Hochschule angestellt wurde. Es gereicht der Stadt Stockholm zur Ehre, dass die Mittel zu dieser Professur — dank den eifrigen Bemühungen des Professors Leffler — ausschliesslich durch freiwillige Beiträge aufgebracht wurden. Zum ersten und bis jetzt einzigen Male wurde in unserem Jahrhundert ein akademischer Lehrstuhl durch eine Frau bekleidet.

Es fehlte nicht an skeptischen Bemerkungen über den weiblichen Professor, Bemerkungen, die aber ganz aufhörten, als die französische Akademie der Wissenschaften 1888 Sophja Kowalewskaja den Bordinschen Preis⁴⁾ für ihre Schrift über das von der Akademie gestellte Thema: Die Theorie über die Bewegung eines festen Körpers ist in einem wesentlichen Punkte zu vervollständigen, zuerkannte. Schon vor der Eröffnung des Namenszettels hatte die Akademie beschlossen, den Preis von 3000 Fr. auf 5000 Fr. zu erhöhen mit Rücksicht auf die ausserordentlichen Verdienste der Abhandlung.

Die jugendliche, durch poetische Versuche und Novellënentwürfe ausgedrückte Neigung für litterarische Thätigkeit war in Sophja wieder erwacht; genährt wurde sie durch die intime Freundschaft mit Anne Charlotte Leffler. Das Drama: Der Kampf um das Glück war das erste Ergebniss hiervon; die Idee

einer bestimmten Klasse Abelscher Integrale 3. Gattung auf elliptische Integrale (1884), sowie: Ueber die Fortpflanzung des Lichtes in einem krystallinischen Medium, wo sie die vollständige Lösung einer Aufgabe gab, mit welcher sich mehrere grosse Mathematiker beschäftigt. Im Anschluss an die Hypothese Laplaces hat sie versucht, die Form der Ringe des Saturn zu bestimmen.

⁴⁾ Der Preis, der vor etwa 50 Jahren gestiftet worden war, ist nur zehn Mal vertheilt worden, hiervon nur zwei Mal im vollen Betrage von 3000 Fr. — Denn von den Bewerbern wird nicht nur tiefe Kenntniss, sondern auch Selbständigkeit und Originalität in der Lösung von Aufgaben gefordert.

rührte im Wesentlichen von Sophja Kowalewskaja her, ist aber von ihrer schwedischen Freundin ausgeführt worden.

Unterdessen begann sie die Aufzeichnung der Erinnerungen aus ihrer Kindheit, welche unter dem Titel: Aus dem russischen Leben, Weihnachten 1889 erschien. Diese Arbeit hatte in ihrer Heimath ebenso gute Erfolge, wie in Skandinavien. Die russische Kritik verglich sie ohne Bedenken mit den Jugenderinnerungen von Turgenjew und Tolstoj und lobte den edlen und einfachen Stil, die klare Anschaulichkeit der Schilderungen und den Reichthum des Inhalts an echter und frischer Poesie.

Bei alledem legte Sophja Kowalewskaja sehr wenig Werth auf ihre Ausnahmestellung auf dem Gebiete weiblicher Arbeit. Als sie die Vorurtheile ihrer Familie und ihrer Zeitgenossen in Bezug auf die wissenschaftliche Begabung des Weibes überwunden hatte, war ihre Kampflust vorbei. Es war für sie selbstverständlich, dass der weiblichen Kraftentfaltung keine äusseren Grenzen gesetzt werden dürften, weshalb die Frauenfrage als isolirte Erscheinung für sie nicht existirte. Sie betrachtete dieselbe nur als einen wichtigen Bestandtheil der grossen sozialen Frage der Menschheit, von deren Lösung sie „das grösste Glück für die grösste Anzahl“ erhoffte. Noch bevor es ihr gelungen war, die wissenschaftliche Begabung des Weibes zu beweisen, kämpfte sie tapfer für die Frauenbewegung. So berichtet einer ihrer Freunde, der es von George Eliot selbst gehört hatte, dass gelegentlich eines Empfanges bei George Eliot ein älterer Herr die Behauptung aufstellte, die wissenschaftliche Schöpferkraft wäre nicht dem Weibe verliehen. Sie gerieth hierdurch in feurige Erregung und vertheidigte, durch das Beifallslächeln Eliots ermuntert, ihr Geschlecht so glänzend, dass alle Anwesenden sie als Sieger in der Debatte anerkennen mussten. Als ihr Gegner sich nach einiger Zeit verabschiedete, fragte sie eine Freundin, ob sie wusste, wen sie besiegt hatte, und nannte zum Erstaunen der Gäste den Namen — Herbert Spencer.

Im Interesse der Wahrheit muss noch hinzugefügt werden, dass Sophja Kowalewskaja als Wissenschaftlerin sich den Ansichten Spencers anschliessen musste, nämlich, dass Originalität und Schöpfungsvermögen im Allgemeinen dem Weibe nicht eigenthümlich zu sein scheint. Als besonders bedeutungsvoll und günstig für ihre eigene Entwicklung bezeichnete sie öfters den Umstand, dass sie schon sehr früh Gelegenheit fand, ihre Gedanken auf ihr Spezialstudium zu konzentriren.

Die leitenden wissenschaftlichen Ideen des Jahrhunderts waren ihr in Fleisch und Blut übergegangen; als Darwinist, Evolutionist und Agnostiker setzte sie doch die Freiheit der Forschung über jede Theorie. Ein als Dogma aufgestellter Satz reizte sie stets zum Angriff, wobei sie mitunter wilde Paradoxen aufs Glänzendste zu vertheidigen wusste — bis sie plötzlich mit einem lebenswürdigen Lächeln ihre Rede unterbrach und erklärte, dass das Ganze eine ihrer Phantasieen sei. In Berlin, London, Paris und nicht weniger in Petersburg hatte sie sich in Kreisen bewegt, wo vollständige geistige Freiheit herrschte, wo keine Vorurtheile die allseitige Diskussion jedes wissenschaftlichen, sozialen, ethischen oder ästhetischen Problems hinderte, und dazu ein Kreis, wo man ein einfaches Leben führen konnte ohne jede fremde Einmischung. Kein Wunder, wenn sie oft in der geistigen Atmosphäre Stockholms keine Anregung fand. Sie kam in der Erwartung hin, dass dieselbe Vorurtheilsfreiheit, welche ihr die Stellung an der Hochschule verschafft hatte, auch auf anderen Gebieten zu

finden wäre. Aber sie fand bald, dass dies eine Blüthe auf einem sonst dürrer Ast gewesen. Schmiegsam wie sie war, wenn es galt, sich in den Alltagsverhältnissen zurechtzufinden, und willig, sich nach allen Rücksichten zu richten, welche in dreifachem Maass von ihr als Russin, Weib und Hochschullehrer verlangt wurden, empfand sie doch alle diese Rücksichten als Hindernisse, umso mehr, als sie gewohnt war, unter freieren Verhältnissen zu leben.

Mehr und mehr zog sie sich von unserem kalten Gesellschaftsleben zurück, wo sie am Anfang wie ein frischer Frühlingswind erschienen war, und dies geschah nicht, wie man vielfach annahm, in Erkennung der eigenen Ueberlegenheit, sondern im Bewusstsein ihrer Einsamkeit. Aber wenn Sophja Kowalewskaja je an dem Gesellschaftsleben Theil nahm, war nur eine einzige sympathische Begegnung nöthig, um sie zu zünden. Und wie wurde dann nicht die Luft um sie herum entzündet! Die Gedanken wollten hervor, schneller, als die Worte sie übermitteln konnten, und doch stürzten diese hervor mit erstaunlicher Leichtigkeit, auch wenn sie sich einer fremden Sprache bediente. Sie erhielten durch die intensive, pastose, fast niemals hohe Stimme einen besonderen Nachdruck, sowie durch die ausdrucksvollen Bewegungen der äusserst kleinen, schmalen Hände, in welchen die Adern bei jeder Erregung sichtbar wurden. Wenn man die kleine, schwächliche Gestalt mit den durch Kurzsichtigkeit verursachten etwas gezwungenen Bewegungen und die strahlenden Augen sah, zwischen denen die Gedankenarbeit eine Furche, tief wie eine Narbe, gegraben hatte, da wusste man, dass sie ein Gespräch führte, das sie ganz in Anspruch nahm. Ohne dass sie im geringsten Maasse zu dominiren suchte, wurde sie doch ganz von selbst der Mittelpunkt, um welchen sich die interessirten Zuhörer sammelten. Mit dem sicheren Blick ihres Künstlergeistes für das Interessante an einer Person oder einer Situation vereinigte sie eine eigenthümliche Fähigkeit, das Geschehene lebendig zu gestalten durch dieselbe einfache malerische Darstellung, die uns in ihren Schriften und denen ihrer Landsleute entzückt.

Wenn man in ihr eigenes kleines Arbeitszimmer hineinkam, musste gewöhnlich zuerst Platz geschaffen werden, so überfüllt war es mit Büchern und Manuskripten, welche mit mathematischen Formeln oder kleinen russischen Buchstaben bedeckt waren; mitunter fand man auch Federzeichnungen, welche natürliche, freilich unentwickelte Anlagen verriethen. Durch den herzlichen Empfang liess man sich schliesslich überzeugen, dass man durchaus nicht störte, und man gab sich für einige Zeit dem Genusse hin, eine Fahrt durch die kommenden Jahrhunderte zu machen oder weit hinaus in Europa zu den Lebenszentren der Kultur. Hier, innerhalb ihrer vier Wände, legte sie die ganze Weite ihrer Gedanken an den Tag, sowie ihre Fähigkeit, Alles zu prüfen und das Beste zu wählen. Sie verstand alle Parteien, alle Richtungen; sie konnte ebensowohl die Andachtsübungen des russischen Bauers wie die Weltanschauung der opferwilligen Radikalen mit Theilnahme begreifen. Auf geistigem Gebiete litt sie nicht an Kurzsichtigkeit, sie konnte nie das Wesentliche mit dem Unwesentlichen verwechseln.

Auf diesem Sinn für das Wesentliche beruht grösstentheils ihr psychologischer Scharfsinn. Sie sah die Schwächen, verglich sie aber mit den Vorzügen und nahm stets nur das Ganze, nie das Einzelne. Es fiel ihr ebenso wenig ein, von gewissen Naturen gewisse Eigenschaften zu fordern, als es ihr einfiel, dass ein Dreieck vierseitig sein könnte. Freilich hatte auch sie aus-

gesprochene persönliche Sympathieen für gewisse psychologische „Figuren“, ebenso wie Antipathieen gegen Andere.

Ihre überaus klare Vortragsweise machte sie vor allem zu einer ausgezeichneten Lehrerin; sie richtete sich eben nach der Individualität der Schüler und fand daher an diesen die besten Fähigkeiten heraus. Sie interessirte sich auch lebhaft für die einzelnen Persönlichkeiten ihrer Schüler; ein junges Mädchen, das sie unterrichtet hatte, schrieb nach ihrem Tode: sie hätte sich von Frau Kowalewskaja stets durchschaut gefühlt, als wäre sie von Glas gewesen, und doch sei sie vollkommen ruhig gewesen unter diesem milden verständnisvollen Blick.

Von gelehrter Koketterie fand man bei ihr nicht eine Spur. Und Diejenigen, welche sich darüber wunderten, dass bei ihr die sprichwörtliche Trockenheit des Mathematikers nicht zu finden war, erhielten die schöne Antwort: dass die echte Mathematik die am wenigsten trockene der Wissenschaften sei; dass sie für die schöpfende Phantasie und für die spekulative Kraft das ganze Weltall eröffne, und dass die „trockene“ Seite der Mathematik sozusagen nur als Gezweig zu betrachten sei, auf dem man im Weltall auf- und niederklettere.

An dem Eindruck von unmittelbarer Frische, welchen Sophja Kowalewskaja auf ihre Umgebung machte, hatten glückliche Umstände mitgewirkt. Sie kannte durch ihre Reisen das halbe Europa, sie war mit verschiedenen grösseren Schriftstellern, wie Turgenjew, Tolstoj, Dostojewskij u. A. in Berührung gekommen, sie hatte in Darwins Heim gewohnt und war mit George Eliot eng befreundet gewesen. Sie besass umfassende Kenntnisse von den neueren Litteraturen Deutschlands, Englands und Frankreichs; auch von der neueren skandinavischen Litteratur hatte sie mehr gelesen, wie die meisten Schweden.

Man wird nun fragen, wie sie dies Alles erreicht hat.

Leider durch Ueberanstrengung. Es gab Zeiten, in welchen sie nicht mehr als vier bis fünf Stunden des Nachts schlief; sie schenkte ihrer Gesundheit selten die nöthige Aufmerksamkeit. In allen sogenannten praktischen Dingen war sie gleichgiltig und sorglos wie ein Kind oder ein Künstler; und doch konnte sie auch für die kleinste Kleinigkeit des täglichen Lebens Interesse zeigen, wenn sie ihre Freunde betraf.

Die Vielseitigkeit ihrer Interessen war gerade kurz vor ihrem Tode grösser als je. Sie hatte die Absicht, eine grosse mathematische Arbeit auszuführen, und wollte gleichzeitig einige von ihren vielen litterarischen Entwürfen beenden. Ganz fertig war nur eine grosse Novelle: Wjera Woronzow, sie hatte aber bereits ein Gegenstück dazu, mit Tschernyschewskij als Helden, unter der Feder. Sie wollte ferner ihre Erinnerungen fortsetzen; ein besonders interessantes Kapitel wären wohl ihre Eindrücke während der Pariser Kommune geworden. Dann hatte sie auch eine Novelle: Der Privatdozent, welche den Beifall Dostojewskijs gewonnen hatte, zu vollenden. Sie hatte den Plan für zwei weitere Novellen gefasst: Vac Vietis und eine Skizze aus der Riviera. Sie hatte endlich einige Entwürfe für eine Sammlung von Skizzen aus Frankreich; sie hat einen dieser Entwürfe auch hinterlassen, und dieser stellt an Reichthum der Phantasie und psychologisch genialer Konzeption alle ihre anderen Arbeiten in Schatten, ein Schauspiel: Wenn der Tod nicht mehr sein wird.

Es war in dem Hochsommer dieser allseitigen Thätigkeit, 1891, als der Tod herankam — und gerade um diese Zeit, da das Leben, ein so intensives Leben, das Kennzeichen Sophjas war, schien der Tod mehr unfassbar wie

sonst. Sie hatte sich seit vielen Jahren mit dem Gedanken des Todes vertraut gemacht, aber wenn sie je den Wunsch gehabt hätte nicht zu sterben, so war es jetzt, wo sie noch ihre volle Arbeitsenergie besass. Sie hatte ihre Weihnachtsferien im südlichen Frankreich, in der kleinen russischen Kolonie, zugebracht; als sie nach einem Aufenthalt von einigen Tagen in Berlin über Fredricia nach Kopenhagen reiste, zog sie sich im Sturm und Regen eine Erkältung zu, von der sie sehr angegriffen war, als sie Mittwoch, den 4. Februar, in Stockholm eintraf. Durch den Vorsatz, nicht krank werden zu wollen, hielt sie sich noch aufrecht und nahm Freitags ihre Vorlesungen wieder auf. Aber Sonnabend Mittag musste sie das Bett hüten. Wie ernst die Krankheit auch war — Lungenentzündung — so hatte doch Niemand eine Ahnung, wie es um sie stand. Wäre das Herz stark gewesen, hätte man vielleicht auf einen guten Ausgang hoffen können; dass Rettung unmöglich gewesen wäre, sah man nach der Obduktion. Sie hatte nur eine schwache Ahnung, dass sie die Krankheit vielleicht nicht überleben würde, und beobachtete mit einer gewissen Unruhe die schlechten Zeichen. Anspruchslos und dankbar für eine Freundlichkeit war sie im Leben gewesen, und so auch im Tode; ihr ganzes Wesen drückte eine unbeschreibliche Sanftmuth aus, nur ein tiefes Mitgefühl für ihre Umgebung.

Der Tod trat plötzlich am 10. Februar 1891 durch Herzlähmung ein, infolge des angegriffenen Zustandes der Lungen. In den letzten Stunden war sie ohne Bewusstsein; ihr Tod war ein Hinüberschlummern in das grosse Unbekannte, welches so oft in ihrem Gedanken lebte — ein Einschlummern, welches den Ausdruck erhabener Ruhe, tiefen Friedens hinter sich liess.

Es ist eine schmerzliche Ehre für unser Land, dass diese grosse Tochter Russlands in unserer Erde ihre Ruhe fand — eine Ruhe, welche ihr stets herrlicher schien, als die herrlichsten Gaben des Lebens. Sie hatte stets gewünscht, dass der Tod kommen möge, wie er kam — auf dem Höhepunkt des Lebens und des Schaffens.

Für Sophja Kowalewskaja, das grösste Weib des Jahrhunderts, war weder das Wissen noch die Ehre der Mittelpunkt. Sie fühlte, wie jedes andere begabte Weib, dass der Ruf stets nur aus un peu de bruit autour de son coeur bestand. Denn für sie wie für das einfachste Mädchen war das Herz der Kern des Lebens.

Und noch eins: Nicht die Bedeutung Sophja Kowalewskajas war es, wodurch sie sich Freunde erworben hatte. Was sie in den Augen ihrer Freunde über Alles werth machte, war, dass sie in seltenem Maasse das besass, wonach wir, wie Goethe sagt, Alle streben sollten:

Grosse Gedanken und ein reines Herz.

Wie die Sozialdemokratie an den Opportunismus gewöhnt wird.

Von

Georg Ledebour.

(Berlin.)

Ist es jetzt an der Zeit, taktische Fragen zu erörtern, über die innerhalb der Partei die Meinungen auseinandergehen? Ist es nicht besser, solche Erörterungen bis nach den Wahlen zu verschieben? Grundlos sind derartige Bedenken nicht; vorthellhafter wäre es für die Partei, wenn wir unsere Kraft einmüthig auf die Bekämpfung der Gegner verwenden könnten.

Leider aber lassen diejenigen Parteigenossen, die die Partei zur Annahme einer neuen opportunistischen Taktik drängen möchten, auch jetzt in ihren Bemühungen nicht nach. Unablässig treten sie mit Anregungen hervor, die der Erwiderung bedürfen. Doch nicht genug damit, dass wir die Irrthümlichkeit und Gefährlichkeit jener Bestrebungen nachzuweisen haben, es werden auch neuerdings zu ihrer Beförderung durch das Zentralorgan unserer Partei Methoden angewandt, die sich weder mit dem Charakter einer auf die breiteste Öffentlichkeit angewiesenen demokratischen Partei, noch auch mit einem gesunden politischen Leben überhaupt vertragen. Da ist es doppelte Pflicht, diesem Treiben entgegenzutreten.

Anlass zu einer Auseinandersetzung über die Parteitaktik hatten neuerdings die Verhandlungen im 3. Berliner Reichstagswahlkreis gegeben, die zu der Proklamirung des Genossen Wolfgang Heine zum Reichstagskandidaten geführt haben. Heine hatte eine eigenartige Kompensationstaktik empfohlen, die in der Versammlung selbst, wie in der Parteipresse starkem Widerspruch begegnete und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Anlass gab, sich mit der Frage zu befassen, ob eine solche Taktik mit dem Charakter unserer Partei verträglich sein würde. Die Fraktion lud schliesslich den Genossen Heine zu einer Aussprache ein. Im Hinblick darauf liess nun Heine, was er seiner Erinnerung nach in jener Versammlung über die strittige Frage gesagt hatte, in längerer Ausführung drucken und das Blatt den Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zugehen. Aus dieser Denkschrift wiederum veröffentlichte die Redaktion des Vorwärts einen Auszug, der zum Verständniss der weiteren Entwicklung hier Platz finden muss. Es heisst da im Vorwärts vom 20. Februar:

„Ueber die Ausführungen, welche Genosse Heine im 3. Berliner Wahlkreise zur Militärfrage gemacht hat, entspinnt sich eine Diskussion in der Partei. Da der Versammlungsbericht des Vorwärts nur verhältnissmässig kurz sein konnte — woraus sich, wie uns dünkt, die Angriffe gegen die Heineschen Aeusserungen zum grossen Theil erklären — so erscheint es uns angemessen, die Aeusserungen Heines dem Wortlaute nach wiederzugeben:

Was die Militärfrage betrifft, so stehe ich unbedingt auf dem Standpunkte des Erfurter Parteiprogramms: Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit und Einführung des Milizsystems.

Den gleichen Standpunkt nehmen meines Erachtens auch die viel angefochtenen Aeusserungen mehrerer Reichstags-Abgeordneten ein. Der Genosse aber, der — ich weiss nicht, in welchem Wahlkreise — gesagt hat, das Beste wäre, die Soldaten mit Leberwürsten zu bewaffnen, der befindet sich meiner Ansicht nach im Widerspruche zu den Grundsätzen des Parteiprogramms. Wie man die allgemeine Wehrhaftigkeit und die Miliz mit Leberwürsten durchführen will, ist mir wenigstens ein Räthsel.

Mir machen solche Witze keinen Eindruck, denn ich bin ein abgesagter Feind davon, ernsthafte politische Fragen mit allgemeinen Schlagworten abzuthun. Ich meine, dass man sich in jedem einzelnen Falle fragen muss, was man zu thun habe, um zur Durchführung der Ziele der Sozialdemokratie beizutragen.

Zu den gemissbrauchten Schlagworten rechne ich vor Allem das vom Militarismus. Das, was wir als Militarismus grundsätzlich bekämpfen müssen, ist das heutige Armeesystem und der Geist der Armee, der dem des Volkes entgegengesetzt wird. Deshalb ist es mir selbstverständlich, dass ich dieser Regierung nie einen Mann und einen Groschen bewilligen würde, auch das nicht, was für die Armee unbedingt nöthig wäre.

Aber ich kann die Augen nicht davor verschliessen, dass wir noch nicht in der Periode des ewigen Friedens leben und dass wir, soviel vorauszusehen ist, auch in hundert Jahren noch nicht so weit sein werden. Je mehr die Staatseinrichtungen der westeuropäischen Nationen demokratischer werden, umsomehr hat das absolutistische slavische Russland ein Interesse, uns zu unterjochen, umsomehr werden wir also Gewehr bei Fuss stehen müssen.

Deshalb werden wir Sozialdemokraten wohl auch, wenn wir einmal die Herrschaft im Lande haben, uns durch den prinzipiellen Abscheu vor dem Militarismus nicht davon abhalten lassen können, Gewehre und Kanonen zum Schutze unserer eigenen Freiheit anzuschaffen.

Mit dem blossen Schlagworte, dass wir prinzipielle Gegner des Militarismus seien, können wir also die Frage, wie wir uns zur Bewaffnung der Armee zu stellen haben, nicht erschöpfen. Was für Momente wirklich entscheiden müssen, darauf komme ich später. Zunächst will ich noch meine Meinung dahin aussprechen, dass die Schlagworte Radikalismus einerseits, Opportunismus andererseits und Klassenkampf, so, wie Genosse Ledebour sie braucht, ohne Weiteres auch nicht den Ausschlag geben können; man muss sich erst klar machen, was man darunter versteht.

Was ist der Klassenkampf? — Genossen, ich stehe völlig auf dem Boden der Marx-Engelsschen materialistischen Geschichtsauffassung; danach ist der Kampf der Sozialdemokratie in erster Reihe der Kampf der Arbeiterklasse um die Erringung der politischen Macht. Nur wer den Klassenkampf in dieser klaren Nüchternheit auffasst, versteht die materialistische Geschichtsauffassung, er wird sich aber auch entschliessen müssen, den Kampf um die Macht der Arbeiterklasse so zu führen, wie es die Verhältnisse gerade nothwendig machen, und wie man eben Kämpfe im Leben führt.

Ich will das zunächst an einem Beispiel erörtern. Der Vorwärts machte neulich den Klerikalen einen Vorwurf daraus, dass sie sich sofort bereit erklärt hätten, die ganze Flottenforderung der Regierung zu bewilligen, und er tadelte sie, weil sie damit dieses wichtige Kompensationsobjekt aus der Hand gäben, mit dem sie in der Lage gewesen wären, volksthümliche Forderungen durchzusetzen. Ich stimme dem Vorwärts darin völlig bei.

Man kann den Gedanken aber auch nach umgekehrter Richtung verfolgen. Ich schicke hier gleich, um alle Missdeutungen abzuschneiden, voraus, dass ich in der jetzt vorliegenden praktischen Frage der Flottenvermehrung denselben Standpunkt einnehme, wie alle Genossen. Ich bin ein Gegner der Flottenvorlage, ich messe der überseeischen Ausdehnung überhaupt nicht die segensreiche Bedeutung bei, die man ihr vielfach zuschreibt. Aber ich bitte, die Frage, abgesehen von diesem besonderen Falle, allgemein erörtern zu dürfen. Und da ist es zweifellos: wer von vornherein erklärt, einer Anforderung des Gegners gegenüber, immer und unter allen Umständen bloß Nein sagen zu wollen, der verzichtet damit gerade so gut auf das in seiner Bewilligung liegende Kompensationsobjekt, wie der, der sofort Ja sagt. Damit giebt er ein höchst wirksames Mittel im Kampfe um die politische Macht aus der Hand, und deshalb muss er sich in jedem einzelnen Falle fragen, ob und weshalb er das thun darf und soll.

Es giebt Genossen, die schon eine solche Erwägung, namentlich bei Militärforderungen, als Opportunismus ablehnen und vor der bekannten schiefen Ebene warnen. Es ist nicht wunderbar, dass man mit solchen Schlagworten leicht einen grossen Eindruck hervorbringt, denn es giebt, wie wir bei den Freisinnigen und Nationalliberalen gesehen haben, eine zweifellos schmächtige Politik des Vorraths und des Prinzipienschachers, die man gewöhnlich als Opportunismus bezeichnet. So leicht darf man sich aber die Entscheidung der Frage nicht machen, man muss vielmehr in jedem einzelnen Falle prüfen, ob man berechtigt ist, eine politische, namentlich eine militärische Bewilligung als politisches Kampfmittel zu verwenden, ohne in einen verwerflichen Opportunismus zu verfallen.

Nur einige allgemeinere Grundsätze kann man hierüber aufstellen: Unnötige Militärforderungen muss man überhaupt und immer ablehnen, nicht deshalb, weil es Militärforderungen sind, sondern weil sie eine Verschleuderung von Staatsgeldern bedeuten würden. Ebenso darf man nichts bewilligen, was unserem Ziele, der Fortbildung des heutigen Armeesystems, zur Volksbewaffnung und zur Miliz entgegenwirken würde. Das würde z. B. von einer Erhöhung der Dienstdauer oder von der Anwerbung von Soldtruppen gelten.

Daneben aber giebt es militärische Aufwendungen, die an sich zur Vertheidigung der Nation nothwendig sind und unseren Idealen und Grundsätzen indifferent gegenüberstehen. Dazu würden z. B. die neuen Geschütze gehören. Schon Genosse Bebel hat treffend die Analogie hervorgehoben, die zwischen einer Verbesserung der Kost der Soldaten und einer Verbesserung ihrer Schutz- und Angriffswaffen besteht.

Solche Militärforderungen könnte nach meiner Meinung auch der Sozialdemokrat bewilligen, wenn er genügende Gegenleistungen erhalte, wenn werthvolle Volksfreiheiten dafür gewährt würden.

Die ganze Macht, die das Volk durch seine Vertreter im Reichstage ausüben kann, beruht auf dieser Ausnutzung des Bewilligungsrechts. Man verfährt so auf allen politischen Gebieten, ich wüsste nicht, weshalb man es bei Militärforderungen nicht thun sollte.

Dafür, dass das kein Verstoß gegen unsere Prinzipien ist, kann ich mich auf die Ausführungen von Friedrich Engels zum Militärkonflikt der sechziger Jahre berufen. Eine Sozialdemokratie gab es damals noch nicht, die Fortschrittspartei vertrat in Preussen die Forderungen der Demokratie, und dieser Fortschrittspartei macht unser Vorkämpfer die schwersten Vorwürfe, dass sie die unvergleichliche Gelegenheit, die ihr die Nothwendigkeit einer Heeresvermehrung bot, nicht ausgenutzt habe, um für das preussische Volk wirkliche konstitutionelle Rechte zu erringen. Engels hielt es also für ganz unbedenklich, einen solchen, sagen wir Handel, abzuschliessen, wenn nur der Preis entsprechend wäre.

Nun liegen allerdings die Verhältnisse jetzt anders wie zu jener Zeit; damals hätte die Fortschrittspartei wirklich einen werthvollen Preis für die Zustimmung zur Armee reform erlangen, Preussen in einen wahrhaft konstitutionellen Staat verwandeln können. Uns steht die heutige Regierung ganz anders gegenüber; sie will sich durchaus nur auf die Parteien der Reaktion, auf Junker und Junkergenossen stützen, sie fürchtet nichts so sehr, als wirkliche Volksrechte, und ich bin überzeugt, dass sie sich verpflichtet fühlen würde, eher die Anstalten zur Vertheidigung des Vaterlandes in Verfall gerathen zu lassen, als dem Reichstage für militärische Bewilligungen irgend etwas von dem zuzugestehen, das uns wirklich werthvoll erschiene. Das wird auch so bleiben, so lange unsere Regierung sich auf die Reaktionsparteien stützt, und ich für meine Person halte es für sehr wahrscheinlich, dass darin in den nächsten Jahrzehnten keine Aenderung eintreten wird. Deshalb fürchte ich, dass Keiner von uns es je praktisch erleben wird, einen solchen Handel abzuschliessen, wodurch wir für militärische Bewilligungen Volksrechte eintauschen. Wir werden dieser Regierung nie etwas bewilligen können, einfach weil sie uns keinen entsprechenden Preis in Volksrechten zahlen wird.

Ich habe mich auch nur dagegen wenden wollen, dass man grundsätzlich eine solche Politik für unzulässig erklärt, und bei jeder Andeutung einer solchen Möglichkeit über Prinzipienverrath schreit.

Freilich muss ich eins hinzufügen: wer denkt, dass wir eines Morgens in der fertigen sozialistischen Gesellschaft aufwachen würden, mit dem lehne ich jede Diskussion ab, von dem trennen mich in der That prinzipielle Unterschiede! Wer aber glaubt, dass man nicht anders als Schritt für Schritt und in beständigem Kampfe in die neue Gesellschaft hineinkommen kann, der wird nicht umhin können, auch alle denkbaren Machtmittel im Kampfe anzuwenden. Ich weiss wohl, dass es möglich ist, im Ringen um den Erfolg eine Art Opportunismus zu treiben, die zum Verrath der Prinzipien und Ideale wird, aber das braucht man dabei nicht zu thun und das will ich nicht thun!“

Welchen Zweck verfolgte nun die Redaktion des Vorwärts mit dieser Veröffentlichung?

Offenbar nicht den Zweck, den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten für ihre Auseinandersetzung mit Heine eine sachliche Grundlage zu geben, denn das war ja vorher schon durch die weit ausführlichere Zusendung Heines selbst erfüllt worden. Es konnte sich vielmehr nur darum handeln, die Berliner und andere Parteigenossen, die zu den Lesern des Vorwärts gehören, für die Heinesche Auffassung von der Kompensationspolitik günstig zu stimmen, wie dieser Zweck ja auch hinreichend durch die einleitenden Bemerkungen der Redaktion angedeutet wird. Obgleich es genügt hätte, wenn die Redaktion, ohne Partei zu ergreifen, den Auszug abgedruckt hätte, lässt sich ihr doch kein Vorwurf daraus machen, dass sie den Heineschen Ausführungen einige lauwarme Empfehlungsworte mit auf den Weg gab. Redakteure haben das volle Recht der Meinungsäußerung, wie andere Parteigenossen auch. Die selbstverständliche Voraussetzung bei einer solchen redaktionellen Stimmungsmache für eine neue Taktik ist es jedoch, dass auch den Gegnern derselben die Spalten der Zeitung zu einer Erwiderung offen gehalten werden. Eine Erwiderung aber war hier um so nothwendiger, da der Auszug sich keineswegs auf eine Darlegung der Heineschen Ansichten beschränkt,

sondern am Anfang wie am Ende den Gegnern dieser Ansichten eine geradezu alberne Auffassung sowohl von der Militärfrage wie von der Verwirklichung der allgemeinen Parteiziele überhaupt unterschiebt. Ich persönlich war obendrein des Gebrauches von unbegründeten Schlagworten bezichtigt worden. Man sollte doch wohl meinen, Alles das wäre Grund genug zu einer Erwiderung auf die Publikation des Vorwärts in den Spalten des Vorwärts selbst. Ich übersandte unserem Zentralorgan deshalb die folgende Zuschrift:

„Zur Frage der Kompensationspolitik. — Da ich auf einer Agitationsreise abwesend war, kann ich erst heute einige Worte der Abwehr schreiben gegen die in der Sonntagsummer des Vorwärts mitgetheilten Auszüge aus der Rede des Genossen Wolfgang Heine im 3. Berliner Reichstagswahlkreise, worin es heisst:

„Zunächst will ich noch meine Meinung dahin aussprechen, dass die Schlagworte Radikalismus einerseits, Opportunismus anderseits und Klassenkampf, so wie Genosse Ledebour sie braucht, ohne Weiteres auch nicht den Ausschlag geben können; man muss sich erst klar machen, was man darunter versteht.“

Leser dieser Zeilen müssen glauben, dass ich nicht mit Gründen, sondern mit Schlagworten gekämpft habe. Nun habe ich aber ganz bestimmte Erscheinungen in unserer jüngsten Parteientwicklung, wie Bernsteins Artikel in der Neuen Zeit, Schippels Ausführungen zur sog. Kanonenfrage und sein Verhalten in der Handelsvertragsdebatte als Anzeichen einer opportunistischen Taktik kritisiert. Da Genosse Heine nur auf die Militärfrage eingegangen ist, werde ich mich in meinen Ausführungen gleichfalls darauf beschränken.

Genosse Heine eröffnet seine Ausführungen mit einer Polemik gegen den vor Monaten von einem harmlosen Jüngling ausgesprochenen Gedanken, die Soldaten mit Leberwürsten statt der Waffen auszurüsten. Er findet, dass das nicht im Einklang mit den Grundsätzen unseres Parteiprogramms stehe, und versichert, dass solche Witze auf ihn keinen Eindruck machen. Ich pflichte ihm vollkommen darin bei, dass jene Redensart ein recht alberner Witz war, und meine, dass jemand durch solche Geschmacklosigkeiten nur die Sache schädigt, die er zu vertheidigen glaubt. Nicht billigen kann ich es aber, dass Genosse Heine diesen albernen Witz, trotzdem er auf ihn keinen Eindruck gemacht hat, doch Monate lang aufgespeichert hat, um dagegen bei einer ersten Gelegenheit zu polemisieren, denn er hat dadurch bei einem weniger aufmerksamen Theil der Versammlungstheilnehmer, noch mehr wahrscheinlich bei den Lesern des Auszugs im Vorwärts den Glauben erweckt, als ob etwas Ähnliches wie jene Albernheit in der Debatte im 3. Wahlkreise selbst vorgebracht worden sei. Ich halte es für rathsam, ausdrücklich zu betonen, dass zu einer solchen Annahme von keiner Seite ein Anlass gegeben wurde.

Es handelt sich bei der Frage, die uns beschäftigt, nicht darum, ob unsere Soldaten mit Leberwürsten ausgerüstet werden sollen, oder mit Kanonen, sondern darum, ob die Sozialdemokratie in die Lage kommen könne, durch Bewilligung von derartigen Militärforderungen, wie Kanonen, die Mitverantwortung für die Fortführung des heutigen Regierungssystems, das der adäquate bürokratisch-militaristische Ausdruck des bestehenden gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisses ist, übernehmen zu müssen. Diese Möglichkeit ist es, die Genossen Schippel vor Augen schwebte, als er von der Zwickmühle sprach, in die wir gerathen könnten, und Genosse Richard Fischer wiederum hat in einer Versammlung im 2. Berliner Kreise die Schippelsche Zwickmühlenbesorgnis als einen neuen Gedanken gefeiert, an den die Partei sich ebenso werde gewöhnen müssen, wie sie sich an den Gedanken der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen gewöhnt habe.

Ich halte nun diesen neuen Gedanken für sehr thöricht und, wenn er Anklang finden sollte, höchst schädlich für unsere Partei. Wenn wir einmal in die Lage kommen sollten, die Entscheidung in Staat und Gesellschaft in der Hand zu haben, so werden wir das Militärwesen wie manche andere Einrichtungen in unserem Sinne abändern. So lange wir aber nur eine Minoritätspartei im Reiche wie im Reichstage bilden, können wir garnicht in die Lage kommen, zu Gunsten einer militärischen Forderung oder bürokratisch-militaristischen Regierung gegen eine Opposition bürgerlicher Parteien den Ausschlag zu geben. Wir werden gerade in einer solchen Frage uns immer ablehnender verhalten müssen als irgend eine bürgerliche Partei. Indem wir aber die Möglichkeit als diskutabel hinstellen, dass wir für die Regierung zu Gunsten von Militärforderungen der fraglichen Art einmal

den Ausschlag geben können, übernehmen wir bereits eine Art Mitverantwortung für den Fortbestand des bürokratisch-militaristischen Regierungssystems und lähmen die Aktionskraft unserer Partei. Davor habe ich als vor einer Schädigung des Klassenkampfcharakters unserer Partei gewarnt.

Genosse Heine hat nun den Schippelschen neuen Gedanken noch weiter ausgebaut zu der Kompensations-theorie. Er beruft sich zunächst darauf, dass der Vorwärts die Zentrums-partei getadelt habe, weil sie durch die Erklärung, die Flottenvorlage zu bewilligen, dies wichtige Kompensationsobjekt aus der Hand gegeben habe. Hat die Redaktion des Vorwärts einen solchen Standpunkt eingenommen, so hat sie damit zweifellos einen Bruch mit der früher unsererits vertretenen Anschauung vollzogen, denn wir haben bisher die Zentrums-partei gerade deshalb getadelt, weil sie überhaupt Kompensationspolitik getrieben, also ihre Zustimmung zu Regierungsforderungen sich gegen Zugeständnisse auf kirchenpolitischen Gebiete habe abhandeln lassen. Aber nicht nur bei der Zentrums-partei, sondern überall, wo sie in unsern politischen Leben zu Tage trat, haben wir solche Schacherpolitik in scharfen Worten gebrandmarkt. Wir haben Hohn und Spott ausgegossen über die Konservativen, als sie die Parole ausgegeben: „Kein Kanitz, keine Kähne!“ Wir sind auch der Regierung gegenübergetreten, als sie für die notwendige Aufhebung des § 8 des Vereinsgesetzes Kompensationen in anderweitigen Verschärfungen des Vereinsgesetzes verlangte. Und jetzt will Genosse Heine der sozialdemokratischen Partei als Richtschnur für ihre parlamentarische Thätigkeit ein Verfahren anempfehlen, das wir stets auf das Schärfste verurtheilt haben, wenn bürgerliche Parteien und Politiker zu ihm griffen?!

Indem Genosse Heine nur notwendige Kanonen als Kompensationsobjekt behandeln will, machte er es genau wie die Regierung mit dem § 8 des Vereinsgesetzes und die Agrarier mit den „Kähnen“, die sie auch für notwendig halten. Heine irrt sich auch wenn er sich darauf beruft, dass Bebel treffend die Analogie hervorgehoben hat, die zwischen einer Verbesserung der Kost der Soldaten und einer Verbesserung ihrer Schutz- und Angriffswaffen besteht. Nicht Bebel, sondern Auer hat in Vertheidigung Schippels diese Analogie vorgebracht. Bebel hat sich sogar in einer Versammlung des 2. Berliner Wahlkreises ausdrücklich dagegen verwahrt*). Und mit vollem Recht. Denn für das warme Abendbrod der zum Dienst in den Kasernen gezwungenen Landeskinder treten wir aus dem nämlichen humanitären Grunde ein, aus dem wir jeder Zeit die Verbesserung der Kost in den Gefängnissen bewilligen würden, trotzdem wir die jetzige Strafrechtspflege grundsätzlich bekämpfen und sie ebenso von Grund aus umgestalten werden wie das Militärwesen, sobald wir die Macht dazu haben.

Für die prinzipielle Stellung zu der Kompensationsfrage macht es auch gar keinen Unterschied, dass Genosse Heine nur einer „volksfreundlichen“, nicht aber „dieser Regierung“ die Kanonen bewilligen würde. Aus seinen ganzen Aeussierungen geht hervor, dass ihm als möglicher Kontrahent für das Kompensationsgeschäft eine Regierung innerhalb des Rahmens des heutigen bürokratisch-militaristischen Regierungssystems vorschwebt, also nicht die Nummer Recke-Posadowsky, aber allenfalls Caprivi-Berlepsch, wie sie bei einem Umschlage des Zickzackkurses jeder Zeit wieder einmal an das Ruder kommen kann. Indem Heine im Zusammenhange damit sagt, dass man auf diese Weise den Kampf um die Erringung der politischen Macht für die Arbeiterklasse führen müsse, wie man eben Kämpfe im Leben führt, zeigt er, dass sein Blick nicht über die Schranken des schein-konstitutionellen Systems hinausreicht. Schon bei dem wirklichen parlamentarischen System führen auch die bürgerlichen Parteien nicht den Kampf mit den Mitteln der Kompensationspolitik. Sie haben das garnicht nöthig, denn in dem Augenblick, in dem sie die Mehrheit im Parlament haben, besetzen sie auch die Regierung mit ihren Männern. Nur der demüthigen Unterwerfung des deutschen Bürgerthums unter das bürokratisch-militaristische Regierungssystem, das aus sich heraus ohne Rücksicht auf Parlamentsmehrheiten die Regierung besetzt, ist es zu danken, dass die Kompensationspolitik sich überhaupt einbürgern konnte. Sie hat aber noch jede Partei korrumpirt, die sich in ihren Künsten versucht hat. Die Sozialdemokratie würde ihre ganze Zukunft drangeben, wenn sie dieses kleinliche Mittel adoptiren würde, und dabei verspricht ihr diese Politik auch in der Gegenwart nicht einmal einen Augenblickserfolg.

Genosse Heine schliesst seine Ausführungen mit der rhetorischen Wendung: „Wer denkt, dass wir eines Morgens in der fertigen sozialistischen Gesellschaft aufwachen würden,

*) Man vergleiche dazu auch Bebels Ausführungen in der Neuen Zeit, No. 4, Jahrg. 1897/98.

mit Dem lehne ich jede Diskussion ab, von Dem trennen mich in der That prinzipielle Unterschiede!“ Ich brauche wohl kaum zu betonen, dass solchen Unsinn auch kein einziger der Redner in jener Versammlung im 3. Wahlkreise vorgebracht hat. Auch wir glauben, dass wir nur Schritt für Schritt und im beständigen Kampfe uns unserem Ziele nähern können. Wir wollen dazu aber nur die wirklich zweckmässigen, unseren Zielen und unserem Parteicharakter entsprechenden Mittel gebrauchen, nicht solche Mittel, wie Heine sie empfiehlt, die wir opportunistische nennen, weil sie nur zweckmässig scheinen, thatsächlich uns aber der nämlichen Versumpfung zuführen würden, der die bürgerlichen Parteien in Deutschland verfallen sind.

Berlin-Halensee, 23. Februar.

G. Ledebour.“

Am Abend des nämlichen Tages, an welchem dem Vorwärts meine Zuschrift zugegangen war, hatte die Fraktion ihre Aussprache mit Heine, und am folgenden Tage brachte der Vorwärts folgende Mittheilung:

„Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion hat in ihrer gestrigen Sitzung folgenden Beschluss gefasst: Nachdem die Fraktion auf Grund der Erklärungen des Genossen Heine sich überzeugt, dass der Gedanke ihm fern gelegen hat, sich mit dem herrschenden System in eine Kompensationspolitik einzulassen, und dass er durchaus auf dem Standpunkt der bisherigen Taktik der Partei und der Fraktion steht, erklärt die Fraktion, dass für sie die Angelegenheit befriedigend erledigt ist.“

Für die Oeffentlichkeit war die Angelegenheit damit aber noch keineswegs erledigt, denn die vorhergegangene Publikation des Vorwärts kam auf eine Beeinflussung der Parteigenossen zu Gunsten der von Heine vertretenen Anschauungen und zu Ungunsten der entgegengesetzten hinaus. Ich sandte deshalb sofort der Redaktion Folgendes zur gleichzeitigen Veröffentlichung mit meiner Zuschrift zu:

„Nachschrift. Die vorstehenden Zeilen waren geschrieben, ehe die Fraktion ihre Erklärung zu der Kompensationsfrage gefasst hatte. Diese Erklärung kann mich nicht veranlassen, von meinen Ausführungen irgend etwas zurückzunehmen. Die prinzipielle Stellung des Genossen Heine hat sich nicht um Haaresbreite dadurch geändert, dass er nicht mit dieser Regierung, wie er früher sagte, sondern nicht mit dem herrschenden System sich auf eine Kompensationspolitik einlassen will. Das kommt nur auf eine Wort-, nicht auf eine Sinnesänderung heraus. Ich habe nachgewiesen, dass ein Kompensationshandel zwischen einer Regierung und politischen Parteien nur da vorkommen kann, wo eine bureaukratische durch unkontrollirbare Einflüsse ernannte Regierung der Volksvertretung gegenübersteht, weil ein parlamentarisches Regime die Kompensationsgeschäfte von vornherein ausschliesst. Sobald man einmal die Kompensationspolitik im Prinzip als das richtige Mittel zur Eroberung der politischen Macht anerkennt, hängt es nur noch von taktischen Erwägungen ab, ob das jeweilige herrschende System sich volksfreundlich genug ausnimmt, um einen Versuch mit dem Kompensationsgeschäft gerechtfertigt erscheinen zu lassen.“

G. L.

Die Redaktion des Vorwärts zog es indess vor, meine Zuschrift mir mit dem Bemerkten zurückzusenden, dass mit der Erklärung unserer Reichstagsfraktion die Sache wohl erledigt sei.

Ich wandte mich nunmehr unter Darlegung des Sachverhalts an die Redaktion der Sächsischen Arbeiterzeitung, die in dankenswerther Weise meine Zuschrift zum Abdruck brachte. In der Einleitung dazu wurde gesagt:

„Diese Praktik wird jetzt in unserem Zentralblatt geübt: Wer auf eine sozialreformerische Umwandlung der Parteitaktik hinarbeitet, dem wird der breiteste Raum gewährt, — wer aber die sozialrevolutionäre Taktik, welche bisher die Partei zu ihren grossen Siegen geführt hat, vertheidigt, dem wird, und wenn er auch persönlich angegriffen ist, das Wort entzogen, oder er wird todgeschwiegen.“

Formell beruft sich die Redaktion des Vorwärts auf die Entscheidung der Reichstagsfraktion. Aber hat denn die Reichstagsfraktion den Beschluss gefasst, dass der Fall Heine nicht einmal mehr erörtert werden darf? Davon hat nichts verlautet, das war also nicht

der Fall. Sie hätte auch gar keine Befugniß zu einem derartigen Beschluss. Die Reichstagsfraktion hatte aber eigentlich überhaupt nichts mit der Sache zu thun. Herr Rechtsanwalt Heine ist erst Kandidat, noch nicht gewählter Abgeordneter. Abgeordneter des 3. Berliner Wahlkreises ist Genosse Vogtherr. Hat nun die Reichstagsfraktion eine Jurisdiktion über sämtliche Wahlkandidaten der Partei, vielleicht über jene der vergangenen Wahlperioden auch noch? Haben wir keine Parteileitung mehr? Ist die Fraktion die Parteileitung? Sitzt die Reichstagsfraktion zu Gericht über sich selbst und über die ganze Partei?

Wir haben diese Schlussfolgerungen gezogen, um zu zeigen, wie widersinnig die Gründe sind, mit denen der Vorwärts die Mundtodtmachung Ledebours rechtfertigt. Die Reichstagsfraktion selbst hatte soviel Einsicht in ihre Stellung innerhalb der Parteiorganisation, dass sie in ihrem Beschluss korrekt erklärte, für sie, für die Fraktion sei der Fall erledigt — Sache der Partei sei es also dann noch, das letzte Wort zu sprechen, wenn sie es für nöthig hält. Möge also die Redaktion des Vorwärts von sich selbst sprechen, ihre Berufung auf die Fraktion ist lächerlich.“

Traurig genug ist es ja, dass die Redaktion des Zentralorgans einer Partei, die einen beständigen Kampf gegen Bedrückungen und Rechtsverletzungen durch die herrschenden Gewalten zu führen hat, selbst sich ein Verhalten ihren eigenen Parteigenossen gegenüber zu Schulden kommen lässt, das so sehr allem Rechtsgefühl Hohn spricht. Die nämliche Praktik befolgten Pindter und Pindters Nachfolger von je in der Nordd. Allg. Ztg., die zwar den zeitweiligen Machthabern oder Denen, die sich ihrer Gunst erfreuen, jederzeit ein weisses Blatt Papier zur Verfügung stellt, jedwede Erwiderung darauf aber todt schweigt. Diese Praktik hat bisher nur in den übelberthichtigsten Organen der bürgerlichen Presse Nachahmung gefunden. Druckte doch vor Kurzem der Vorwärts selbst mit Behagen eine Kritik der Post nach, in der dem Leiborgan des Herrn von Stumm nachgesagt wurde, dass es in der Kunst des Todtschweigens es zu einem hohen Grade der Vollkommenheit gebracht hätte. Spottet ihrer selbst und weiss nicht wie, kann man da mit Fug und Recht von der Redaktion des Vorwärts sagen.

Indess die Redaktion des Vorwärts hat ja nun die Probe darauf gemacht, wie sich die Partei Alles bieten lässt. Mit dem fadenscheinigen Argument, dass es im Parteiinteresse gerathen sei, „die Polemik auf das nothwendigste Maass zu beschränken,“ hat auch die Berliner Presskommission die Thatsache bemäntelt, dass der Vorwärts unter Nichtachtung des alten Rechtsgrundsatzes: Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, nur der Empfehlung der von ihm begünstigten Taktik Raum gewährt, anderseitig in der Partei vorhandene Meinungen aber unterdrückt. Die Redaktion ist damit durchgekommen. Kein Wunder, dass sie ungenirt und unverfroren nunmehr auf eigene Faust die Befürwortung der Kompensationstaktik festsetzt. In einem Leitartikel über die Annahme des Tirpitz-Gesetzes im Reichstage sagt das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei am 25. März: „Kaum je befand sich eine Partei in so ausgezeichnete Situation, als das deutsche Zentrum. Anstatt die Frage der nationalen Vertheidigung zu benutzen, um endlich einmal mehr Recht, mehr Freiheit, mehr soziale Wohlfahrt der Reaktion abzuзwingen, hat das Zentrum nicht nur diese Gelegenheit verpasst, sondern obendrein eine verderbliche Beschränkung der Grundrechte der Volksvertretung der Regierung zugestanden.“

Da haben wir wieder die Kompensationstaktik in nacktester Wirklichkeit und in schönster bengalischer Vorwärts-Beleuchtung. Die Auguren des Vorwärts tadeln das Zentrum nicht sowohl deshalb, weil es überhaupt die Flottenvorlage angenommen hat, sondern deshalb, weil es nicht ein

einträgliches Schachergeschäft mit den Kähen getrieben hat. Die Lieber und Hertling der sozialdemokratischen Partei würden das natürlich viel, viel schlauer angefangen haben, denkt sich beim Lesen jenes Leitartikels mancher naive Parteigenosse. Nun, vielleicht auch nicht. Kompensationsbesserte Volksvertreter schachern sich stets in den Sumpf hinein. Mit nothwendigen Forderungen der Regierung können sie nicht Kompensationsgeschäfte machen, und mit nicht nothwendigen dürfen sie es nicht thun. Was sie einsetzen bei einem solchen Geschäft, ist ihre eigene Ehre und das Vertrauen des Volkes. Beides geht dabei in die Brüche, und den Vortheil hat schliesslich nur die parlamentsfeindliche Bureaukratie.

Ist die Kompensationstaktik schon ein Korruptionsferment für die bürgerlichen Parteien, wie viel mehr würde sie es sein für die revolutionäre Sozialdemokratie! Was viele unserer Genossen zu solchen Praktiken geneigt macht, ist der an sich richtige Gedanke, dass die Partei bei ihrer wachsenden Ausdehnung mehr und mehr genöthigt ist zur Betheiligung an den Aufgaben der praktischen Politik. Die opportunistische Richtung in unserer Partei sucht diese praktische Bethätigung aber in einer falschen Richtung. Praktische Politik treiben nennen sie es, wenn sie sich in den ausgefahrenen Geleisen der bürgerlichen Parteipolitik bewegen. Bezeichnend ist es, dass die bekannteren Anhänger des Opportunismus in der sozialdemokratischen Partei von den Wortführern der in der Opposition stehenden bürgerlichen Parteirichtungen als staatsmännische Köpfe und erleuchtete Geister über den Schellendaus gepriesen werden. Den „Staatsmännern“ Auer und Vollmar, dem „bedeutendsten sozialistischen Theoretiker“ Bernstein singen wetteifernd freisinnige und nationalsoziale Sirenen die wohlklingendsten Ruhmespsalmen. Von ihrem Parteistandpunkt aus mit vollem Recht. Feiert doch auch die Hilfe des Herrn Pastor Naumann die vorhin zitierte Auslassung unseres Zentralorgans als „Nationalsoziales im Vorwärts“ mit den Worten:

„Also dem Centrum empfiehlt der Vorwärts die Taktik, die wir ihm selbst empfehlen. Der Gedanke: Flotte und Freiheit wird schon weiter bohren.“

Bohrt dieser nationalsoziale Gedanke und andere opportunistische Ideen ähnlicher Art weiter im Schiffe unserer Partei, so wird es bald so wurmstichig werden, dass die Naumann und Genossen ihre helle Freude daran haben können.

Es ist hohe Zeit, das zu verhindern, und es wird leichte Mühe sein, das zu hindern, sobald ein freier Gedankenaustausch ermöglicht ist in unserer Parteipresse, und die Genossen nicht nur die eine Seite zu hören bekommen. Bei Vertuschungen und Unterdrückungen kommt niemals etwas Gutes heraus, nicht im Leben eines Volkes oder Staates und nicht im Leben einer Partei. Ist es nicht an sich schon ein Zeichen bedenklicher Korruption, dass die Redaktion des Vorwärts sich nicht scheut, zu Pindterschen Mitteln zu greifen, um den Genossen eine neue Taktik plausibel zu machen? Die Methode, nach der sie arbeitet, ist allerdings höchst einfach: Sie veröffentlicht eine die Kompensationstaktik empfehlende Ausführung, die obendrein die gegentheiligen Anschauungen lächerlich zu machen versucht; sie unterdrückt eine sachliche Erwiderung darauf „im Parteinteresse“ und setzt ihrerseits dann in den eigenen Artikeln unverfroren

die Befürwortung der Kompensationstaktik fort. Es ist ja ein ganz schlauer Gedanke, auf solche Weise die Parteigenossen an den Opportunismus zu gewöhnen. Die Partei muss sich aber doch die Frage vorlegen, ob sie mit dieser Praktik sich einverstanden erklären darf und ob sie es dulden will, dass das Zentralorgan unserer Partei auf das journalistische Anstandsniveau der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung und der Post herabgedrückt wird.

Eine Konsumgenossenschaft in Berlin.

Von

Adolf Marreck.

(Berlin.)

Heute, wo die moderne Genossenschaftsidee sich schrittweise immer mehr Eingang in die soziale Bewegung Deutschlands verschafft, verdient gewiss einer ihrer ersten realen Anfangskeime den Lesern geschildert zu werden. Die Genossenschaftsbewegung kann freilich in vielen Gemüthern nicht jene gewaltigen, glühenden, romantischen Kampfesempfindungen wecken, wie wir sie bei den Schilderungen der Bewegung der Waffenrevolutionen feurig und lebendig fühlen, wo in imposanten Massen die Kämpfenden gegen einander marschiren, wo die Umsicht, Kühnheit und Todesverachtung des Einzelnen uns bis im letzten Nerv erbeben lassen.

Die genossenschaftliche Revolution ist die Revolution im Ladengeschäft, auf dem Waarenmarkt, in der Werkstätte und am Pflug. Geräuschlos schlägt sie ihre Schlachten, aber mit sicherer Hand und nach grossen Ideen. Das, was sie in den Bereich ihrer Macht hereinzieht, wird ihr unverlierbares und unentreibbares Eigenthum.

Der lediglich ideale soziale Emanzipationskampf der deutschen Arbeiter im Parlamente, in der Volksversammlung, der Presse etc. begann bekanntlich Anfang der 90er Jahre manchen Sozialisten nicht zu genügen. Es entstand die unabhängige Bewegung, die den blossen Gewerkschaftskampf predigte, hierbei aber kläglich verunglückte und schliesslich sich in die anarchistische Bewegung auflöste. Natürlich wurde bei den Anarchisten die Kampfesmethode zunächst auch keine andere. Weil jedoch dem ganzen Oppositionsgedanken ein zweifellos richtiger Kern zu Grunde lag, so konnte auch der einmal aufgetretene Gedanke nicht wieder verschwinden. Anfang 1895 trat Wilhelm Wiese in Berlin mit dem Plan hervor, dem Befreiungskampf eine realere Grundlage zu geben. Diesen Zweck sollten Produktivgenossenschaften erfüllen. Indessen überzeugte er sich in Gemeinschaft mit mehreren anderen anarchistischen Genossen bald von der Undurchführbarkeit seines Projekts.

Diese Ueberzeugung wurde wesentlich durch das Studium einiger Schriften von Busch und Proudhon geschaffen. Proudhon wie Busch gehen hauptsächlich von der Ansicht aus, dass es nicht die Art und Weise, wie produziert wird, ist, welche unsere soziale Noth verursacht, sondern die Weise der Distribution, der Zirkulation.

Ich für meinen Theil möchte hierzu gleich bemerken, dass es ohne Zweifel eine Anzahl wirthschaftlicher Gliederungen giebt, die nicht durch den Zirkulationsprozess erklärt werden können, z. B. die Stellung des mittelalterlichen

Zunftarbeiters zum modernen Lohnarbeiter, die des Junkers zum Industriellen etc. Aber das Eindringen in die Zirkulationsbedingungen ist insofern ausschlaggebend, als wir durch sie das Verhältniss der Produktion zur Konsumtion kennen lernen und insbesondere Einsicht gewinnen, welche Rolle der Arbeitgeber, Kaufmann und Banquier als Vermittler spielen. Sehr charakteristisch äussert sich hierüber Busch, wenn er sagt: Die Arbeit, die der kapitalistische Unternehmer gnädigst zu verschenken geruht, ist nichts anderes als die vom Arbeiter leichtsinnig weggeworfene Kundschaft. Busch¹⁾ zeigt in durchaus klarer und einfacher Weise, wie die Arbeiter mittelst Genossenschaften erfolgreich zu ihren Gunsten in den Gütertausch eingreifen können.

Zumeist dieser Erkenntniss folgend begann dann auch eine kleine Gruppe anarchistischer Arbeiter thatkräftig für die Konsumgenossenschaftsidee zu arbeiten. Es wurden Versammlungen abgehalten, ein Flugblatt verbreitet und schon den 28. April 1895 konstituirten sich 33 Mitglieder als „Arbeiter-Konsumgenossenschaft Befreiung“. Die Geschäftseröffnung sollte erst im folgenden Oktober stattfinden, inzwischen wollte man für Anwerbung neuer Mitglieder energisch agitiren. Im Mai erschien zu diesem Zweck eine Broschüre: Ein Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse²⁾, die in einer Auflage von 10 000 Exemplaren verbreitet wurde. Allerdings blieb der Agitationserfolg weit hinter den gehegten Erwartungen zurück. Der Widerspruch zwischen Sozialdemokratie und Anarchismus stellte sich uns wie eine chinesische Mauer entgegen. Geist vom Geist der theoretisirenden Philosophen steckt auch in der Gesamtheit des deutschen Volkes. Die geringste erdenkbare Einwendung genügt, um den Deutschen von dem Verfolgen einer praktischen Bestrebung abzuhalten, er versteift sich auf seine Einwendung, baut sie nach allen Seiten aus und verschwendet seine ganze Kraft dazu, ohne dann noch die kleinste Spur von Kraftüberschuss für die auf dem Boden der Wirklichkeit fussenden Zukunftsbestrebungen übrig zu haben; während andere handeln, überlegt der Deutsche was zu thun ist.

Als der Oktober bald seine Ankunft halten sollte, war denn auch die Mitgliederzahl kaum auf das Doppelte gestiegen; mehrere Stimmen, ich selbst mit, rieten von einer Eröffnung vorläufig ab, die anderen Genossen hingegen meinten, man müsse den Leuten zuvörderst etwas Thatsächliches bieten, um auf weitere Antheilnahme für das Unternehmen zu rechnen. Dieser Argumentation nachgebend, eröffneten wir dann am 1. Oktober 1895 Kottbuser St. 11 das erste Geschäftslokal, dem bald danach eine kleinere Filiale in Adlershof folgte. Die Waarenanschaffung geschah zumeist auf Kredit, der für Genossenschaften infolge ihrer gesetzlichen Haftung unschwer zu erhalten ist, vielfach ist es sogar gebräuchlich, die Geschäfte überhaupt auf Ziel zu machen. Der Anfang war damit gemacht, und die geschäftliche Entwicklung der Genossenschaft stellt sich wie folgt dar:

		Umsatz.		Bruttogewinn.	Reingewinn.
Vom 1. Oktober	bis 31. Dezbr. 1895	3770,72 Mk.	565,— Mk.	24,— Mk.	
" 1. Januar	" 31. " 1896	15682,68 "	2053,16 "	221,25 "	
" 1. "	" 31. " 1897	22168,— "	—	—	

Die Berechnung des Brutto- und Reingewinns vom vorigen Jahre steht aus. Die Mitgliederzahl ist auf 240 gestiegen, die der Kaufenden von ca. 50

¹⁾ Die soziale Frage und ihre Lösung. Berlin, Fr. Pfeilstücker.

²⁾ Besprochen im Soz. Akademiker, 1895, No. 11, pag. 205 ff.

zu Anfang bis auf 120 gegenwärtig. Geschäftsguthaben und Haftsumme betrug je 5 Mk., ist jetzt aber auf 10 Mk. erhöht, doch braucht dafür das Guthaben nicht baar eingezahlt, sondern kann von den Dividenden abgeschrieben werden. Dividenden sollten anfänglich prinzipiell nicht ausgezahlt werden, um zur Kapitalbildung zu dienen. Jetzt ist dagegen, um einen Anreiz für Vermehrung der Mitglieder zu geben, die Auszahlung von 30 pCt. des Reingewinnes beschlossen. Der nicht ausgezahlte Betrag wird, abzüglich der Summe für den Reservefond, jedem Mitglied gutgeschrieben; es erhält denselben bei seinem eventuellen Austritt ausgezahlt. Der durchschnittliche Bruttogewinn an Kolonial- und Mehlwaaren beziffert sich für Detailgeschäfte — wie wir es aus dem Bericht der Befreiung ersehen — auf 14—16 pCt., annähernd dieselben Sätze, welche kapitalistische Betriebe dieser Branche erzielen. Die Arbeitskosten einer wohlproportionirten Genossenschaft dürfen jedoch im allerschlimmsten Fall nicht über 6—7 pCt. vom Preise des Produkts betragen, was thatsächlich auch bei allen derartigen Betrieben zutrifft; wenn bei der Befreiung dies nicht in Anwendung kommt, so liegt es daran, dass hier der Umsatz im Verhältniss zu den nothwendigen Ausgaben für Miethe, Verkäufer und Bureauarbeiten noch erheblich zu steigen hat.

Eine Filiale ist im letzten Herbst noch in Rixdorf bei Berlin errichtet worden. Von freiländischer und vegetarischer Seite wurde noch einige Zeit vor unserer Geschäftseröffnung, ebenfalls eine auf demselben sozialistischen Prinzip beruhende Genossenschaft unter der Firma: „Haushaltungsgenossenschaft Hilfe“ begründet. Die Verwaltungskosten haben bei dieser Genossenschaft allerdings einen Reingewinn überhaupt nicht erzielen lassen.

Steht nun die materielle Entwicklung der Genossenschaft hier nicht besonders erfolgreich da, so ist nichtsdestoweniger der Beweis geliefert worden, dass eine Konsumgenossenschaft selbst in einer Grossstadt wie Berlin mit seinen gewaltigen Waarenbazars, unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen entstehen und leben kann.

Für die Genossenschaften sozialistischen Sinnes in Deutschland ist augenblicklich der Moment einer Geburt im grossen Umfang anscheinend noch nicht gekommen. Aber vielleicht steht dieses zu begrüßende Ereigniss unweit vor der Thür, nur dass wir es noch nicht deutlich sehen. Der Boden dafür ist hier ebenso günstig wie in allen anderen Ländern, wir müssen blos muthig an die Arbeit gehen, alle kleinen Einwendungen zurückdrängen und den etwa drohenden Gefahren fest gegenüber stehen. Mag die Gefahr einer gewaltstaatlichen Konfiskation des Vermögens bereits zu Macht gelangte Genossenschaften, wie sie sich bis jetzt noch eine Anzahl sozialdemokratischer Führer vorstellen, bestehen, allzu schwer ist sie doch nicht zu nehmen. Erstlich bedeutet solch ein Schritt die totale Aufhebung des staatlich garantirten Privateigenthums — ein Schritt den der Staat nur thun kann, wenn die Genossenschaften im zu engen Nexus mit einer politisch staatsfeindlichen Partei stehen, was selbstverständlicher Weise vollständig aus dem Spiel zu lassen ist; zweitens profitirt die Arbeiterklasse im Nichtbetheiligungsfall absolut nicht das Geringste, weil sie dann wie bisher den Kapitalisten nur weiter sein einträgliches Geschäft betreiben lässt. Sie kann im Falle einer Konfiskation nur mit einem Schlage das verlieren, was ihr gegenwärtig bruchtheilweise genommen wird. Aber welche eine moralische Rückwirkung hätte wohl ein solcher ein gross ausgeführter

gesetzlicher Diebstahl? Keineswegs eine für die Regierung wohlthätige. Der Boden genossenschaftlicher Bewegung ist der legitimste; viel leichter ist es der herrschenden Klasse, jeder anderen Kampfweise des Proletariats ein Hinderniss entgegen zu stellen, z. B. die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts. Auch die von der Arbeiterklasse aufgewandte Organisationsarbeit in der Genossenschaftssache kann im Zerstörungsfall nicht mehr wie bei andern Organisationskosten in Anschlag kommen. Von allen Organisationen ist die genossenschaftliche am ehesten in der Lage, die für sie verausgabte Kraft zu entschädigen.

Darum kann man wohl hoffen, dass sich in allernächster Zukunft die grosse sozialistisch gesinnte Masse auf das Genossenschaftskampffeld besinnt, um auch auf diesem Gebiete dem Kapitalismus segensreich und siegreich entgegenzutreten.

Zur Kritik des Anarchismus.

Von

Alfred Kuroff.

(Berlin.)

Im vorigen Aprilheft (1897) dieser Zeitschrift veröffentlichte Heinz Starkenburg eine Kritik meines Aufsatzes über anarchistische und sozialistische Moral¹⁾, die ich zu beantworten leider bis jetzt nicht die Zeit fand. Diese Zeilen sollen aber auch nicht als blosser Erwiderung gelten, sie bezwecken vielmehr eine erneute eingehende Erörterung wichtiger grundlegender Begriffe und Wahrheiten, die nicht häufig genug klargelegt werden können.

In unserem Streite handelte es sich zunächst um die Frage, ob Anarchismus als eine Richtung des Sozialismus anzusehen sei. Ich hatte das verneint, weil der Begriff des Anarchismus den Eigenthumsbegriff nothwendig ausschliesst, während umgekehrt der Sozialismus den Eigenthumsbegriff, weil er zu seiner Definition gehört, unbedingt voraussetzt. Dem gegenüber stellte Starkenburg eine Reihe von Behauptungen auf, für die er nicht den Schatten eines Beweises vorbrachte, die wir ihm also nur auf sein biederer Wort glauben sollen. Man lese z. B. den folgenden nebelhaften und zusammenhanglosen Erguss, der zudem in jedem Satze eine Verkehrtheit enthält:

„Kuroff geht meines Erachtens von zwei falschen Voraussetzungen aus: Erstens behandelt er das Eigenthum als eine Thatsache, ein reales Ding, während es . . . bloss ein Beziehungsbegriff ist. Zweitens ist er in Unklarheit über das Verhältniss des Staates zum Eigenthumsbegriff. Nicht die Aufhebung, sondern die Setzung des Eigenthums braucht den Staat. Ohne die Voraussetzung des Staates ist ein Entstehen von Privat- oder Gemeineigenthum undenkbar. Ein Gesamteigenthum aber im weitesten Sinne ist überhaupt kein Eigenthum mehr (sic! dann wäre Ja im weitesten Sinne nach Starkenburg wohl gleich Nein! A. K.), sondern herrenloses Gut; die Behauptung, dass der Sozialismus den Eigenthumsbegriff voraussetzt, ist, wenn nicht Staaten-Sozialismus (?) gemeint ist, so falsch, dass das gerade Gegentheil wahr ist.“

Um das Wichtigste gleich vorwegzunehmen, so weiss Starkenburg offenbar noch immer nicht, was Sozialismus eigentlich bedeutet.

Sozialismus im weitesten Sinne ist nach der in wissenschaftlichen Kreisen allgemein anerkannten Definition ein Gesellschaftszustand, worin die Produktionsmittel Gemeineigenthum sind.

Zeitungsschreiber und unwissenschaftliche Köpfe, deren Lebenselement ja der Kautschukbegriff ist, definiren den Sozialismus freilich auch so, dass es überhaupt nichts

¹⁾ Soz. Monatshefte, No. 3, pag. 150 ff.

mehr giebt, was nicht darunter fällt. (Vgl. z. B. einen Artikel von Saverio Merlino: Sozialismus und sozialistische Doktrin²⁾, ferner die Nationalsozialen und ähnliche Leute.)

Der Eigenthumsbegriff ist also integrierender Bestandtheil der wissenschaftlichen Begriffsbestimmung des Sozialismus, also wird er von diesem vorausgesetzt, und das Gegentheil ist nicht wahr.

Nun soll freilich nach Starkenburg Ja eigentlich gleich Nein sein, und Gemeineigenthum kein Eigenthum, sondern dessen begrifflicher Gegensatz, herrenloses Gut. Es genügt, diese Behauptung, die alle Thatsachen auf den Kopf stellt, und für die nicht die Spur eines Beweises gebracht wird, hier einfach niedrig zu hängen. Starkenburg gab sich nicht die Mühe, meine Ausführungen, im Märzheft 1897, pag. 150 und 151, auf Grund sprachwissenschaftlicher Erörterung zu widerlegen. Er negirt sie einfach. Stat pro ratione voluntas. Ich bestimme den Inhalt aller Begriffe, meint der Herr Selbstherrscher Starkenburg. Wir Demokraten lachen ihn aber aus und verweisen auf den Sprachgebrauch, der allein die Bedeutung der Worte bestimme. Eigenthum ist, wie Jedermann wissen sollte, ein Rechtsbegriff und nur ein Rechtsbegriff, also entscheidet nur die Rechtssprache über die Bedeutung des Wortes. Das Gleiche gilt vom Gemeineigenthum, das die Rechtssprache, seitdem eine Jurisprudenz existirt, niemals anders denn als Unterart des Eigenthumsbegriffs angesehen hat. Nun weisen alle historischen Eigenthumsbegriffe (andere giebt es nicht) das gleiche Merkmal auf, nämlich das Setzen von Zwangsschranken, daher kann kein Eigenthum, also auch kein Gemeineigenthum herrenloses Gut sein, so wenig wie Ja gleich Nein sein kann. Das widerlegen Sie, sonst mischen Sie sich gefälligst nicht in Dinge, die Sie nicht verstehen. Schuster, bleib' bei Deinen Leisten! muss ich Ihnen sonst zurufen.

Wäre übrigens die Starkenburgsche Auffassung, dass der Sozialismus den Eigenthumsbegriff nicht kennt, richtig, dann wäre ja der demokratische Sozialismus, der zweifellos den Eigenthumsbegriff voraussetzt (Privateigenthum an den Genussmitteln!), überhaupt kein Sozialismus. Die Sozialdemokraten wären keine Sozialisten! Oder arbeitet Starkenburg vielleicht mit doppeltem Boden, hat er etwa zwei Definitionen des Sozialismus parat, die er je nach Bedürfniss hervorholt?

Ich glaube aber eher, er befindet sich noch im Stadium völliger Unklarheit, wie sich auch aus einer Art positiver Definition des Sozialismus ergibt, die er an anderer Stelle zum Besten giebt:

„Wer also konsequenter Sozialist ist, d. h. wer die Ueberzeugung hat, dass in der kommenden sozialistischen Gesellschaft Volksschichten mit divergirenden Lebensbedingungen nicht mehr existiren werden, der kann garnicht die Möglichkeit einer autoritären Moral annehmen.“

In Ausführung jenes tief sinnigen Gedankens heisst es dann weiter:

„Wenn nicht eine Spaltung der Gesamtheit in eine Majorität und Minorität mit verschiedenen Bestrebungen vorhanden ist, kommt es überhaupt zu gar keiner Schöpfung von Moralvorschriften, weil die Eventualität entgegengesetzter Handlungsweise garnicht vorliegt. Tritt aber eine solche Spaltung auf Grund irgend welcher Verschiedenheiten der Lebensbedingungen für verschiedene Theile der Gesamtheit ein, so muss derjenige Theil, welcher die faktische Macht (z. B. geistige Ueberlegenheit) oder konventionelle Gewalt (z. B. demokratische Majorität) hat, den anderen zum Gehorsam zwingen. d. h. wir haben wieder den Klassenstaat und die Klassenmoral.“

Starkenburg nimmt also offenbar für eine sozialistische Gesellschaft in Anspruch die Gleichheit aller Lebensbedingungen. Wenn ein Schriftsteller mit so verschwommener Ausdrucksweise überhaupt definiren könnte, so würde er vielleicht klipp und klar schreiben, der Sozialismus sei die Gesellschaftsordnung mit Gleichheit aller Lebensbedingungen. In dieser Gesellschaft gebe es demnach keine Verschiedenheit der Bestrebungen mehr, also auch keine Möglichkeit entgegengesetzter Handlungsweise, folglich könne es überhaupt zu

²⁾ Soz. Monatshefte, No. 10, pag. 535 ff.

keiner Schöpfung von Moraltvorschriften kommen. Wir wollen diesen Gedankengang näher prüfen.

Zunächst Gleichheit aller Lebensbedingungen. Ist sie auch nur für zwei Menschen, geschweige für ein ganzes Volk je denkbar? Starkenburg meint ja ausdrücklich eine so absolute und ausnahmslose Gleichheit, dass alle denkbaren Bestrebungen und Handlungen Aller mit Nothwendigkeit artig und harmonisch zusammenpassen und -wirken müssen, so dass eine Schöpfung von Moraltvorschriften (Vorschriften über gemeinnütziges Denken und Handeln) völlig unmöglich wäre.

Ein philosophisch veranlagter Kopf würde die Möglichkeit eines so absolut identischen Milieus nicht einmal für zwei Menschen zugeben, die von der Geburt bis an ihr seliges Ende etwa zusammen stets ein und denselben Zimmerraum getheilt haben. Schon die Anwesenheit der Persönlichkeit des Andern, der doch nothwendig von dem Ersten verschieden wäre, würde allein für Jeden von Beiden ein verschiedenes Milieu begründen.

Und dann für ein ganzes Volk, wo doch die Verschiedenheit des nördlichen und südlichen, des See- und Berg- und Stadt- und Landklimas Jedem sinnenfällig vor Augen liegen sollte! — Und dachte der Genosse nicht an die allerwichtigste Lebensbedingung, an die von Vorfahren ererbten Eigenschaften, an die ererbte Verschiedenheit des Verstandes, der Körperkraft und Gesundheit, der Talente und Temperamente und der Mischung derselben in jedem Menschen? Verschiedenheit dieser Lebensbedingungen zeitigt nun auch nothwendig verschiedene Bestrebungen und den Drang nach entgegengesetzter Handlungsweise, zeitigt also nothwendig auch autoritäre Moraltvorschriften.

In der That, kein Gesellschaftszustand wird letztere jemals entbehren können. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, dass durch den Sozialismus die Verschiedenheit der Triebe, Neigungen und Leidenschaften und folglich der Wünsche, Absichten und Interessen infolge der freieren Entwicklung der Persönlichkeit eher gesteigert als vermindert werden würde, was dann erst recht eine Morallehre erforderlich machen würde.

Wir haben mithin die unbedingte Nothwendigkeit einer Moral und zwar einer autoritären Moral, für jeden Gesellschaftszustand nachgewiesen. Die feine Unterscheidung Starkenburgs zwischen autoritärer und nicht autoritärer Moral kommt also für uns eigentlich nicht in Betracht, da ja selbst nach Starkenburg irgendwelche Verschiedenheit der Lebensbedingungen auch eine autoritäre Moral zur Folge hat.

Aber beiläufig mag doch zu Nutz und Frommen des Herrn Starkenburg es erwähnt werden, dass es überhaupt keine andere als eine autoritäre Moral giebt, d. h. jede Moral setzt die Autorität der Ansichten anderer voraus. Die Anschauungen Vieler sollen maassgebend sein für die Anschauungen des Einzelnen hinsichtlich eines gesellschaftlich nützlichen Verhaltens. Es ist richtig, Moral ist nicht immer auf Zwang begründet (doch meistens: gute Erziehung ist wesentlich Zwangsgewöhnung an moralisches Verhalten, und auch gute Strafgesetze bezwecken eine Erziehung moralischen Verhaltens), aber sie ist immer auf dem Willen einer Vielheit begründet, d. i. darauf, dass der Einzelne, selbst wenn er die Ueberzeugung einer besseren Einsicht hat, anerkennt, dass nicht seine bessere Einsicht, seine Willkür, sondern der Wille Jener für sein soziales Verhalten richtunggebend sei.

Solche Anerkennung und Unterwerfung widerspricht übrigens, um wieder auf den Anarchismus zu kommen, durchaus dessen Grundgedanken, dass der Einzelne unter allen Umständen, selbst wenn er bewusst Gemeenschädliches wolle, dazu berechtigt sei, da ja sein Wille für ihn allein maassgebend sei. Der logisch denkende Anarchist wird daher Mord, Nothzucht, Brandstiftung etc. niemals als unmoralisch brandmarken, da ja die That dem freien Willen des Thäters entsprach. Es wird sie freilich auch nicht moralisch nennen, aber nur, weil er überhaupt nur moralisch indifferente Handlungen kennt. Es wäre also eine durchaus atavistische und anti-anarchistische Kundgebung, wenn ein Anarchist behaupten wollte, er habe zuweilen auch moralische Anwandlungen.

Um Missverständnissen vorzubeugen, sei noch ausdrücklich bemerkt, dass zwar nach den meisten Moraltgesetzen es nicht unmoralisch ist, auf eine Aenderung der be-

stehenden Moralvorschriften hinzuwirken; bevor jedoch ein Personenkreis, der eine bestimmte Moral bekennt, nicht wenigstens in seiner Mehrheit die neue Lehre anerkannt hat, ist das einzelne Mitglied moralisch nicht befugt, die neue Lehre vorher praktisch zu bethätigen.

Wir sahen. verschiedene Bestrebungen, Gefühle, Neigungen und Handlungen müssen wir auch mit dem Sozialismus in den Kauf nehmen. Auch nach Starkenburg tritt dann der von ihm allerdings beklagte Fall ein, dass eine Majorität gemeinnützige Vorschriften erlässt, denen auch die Minorität sich zu fügen hat.

Solche Moralvorschriften werden alsdann, wie Starkenburg sehr richtig bemerkt, zum Theil auch durch gesellschaftlichen Zwang geschützt werden. Man denke nur an Gesetze über Erziehung, Schulzwang, Arbeitszwang u. s. w.

Starkenburg glaubt nun einen besonderen Trumpf damit auszuspielen, dass er jedes Gemeinwesen, welches irgend einen Zwang ausübt, verächtlich als *Klassenstaat* brandmarkt. Also auch diesen elementaren Grundbegriff kennt Starkenburg noch nicht.

Klassenstaat ist ein wissenschaftlich durchaus feststehender Begriff. Jedes Gemeinwesen nämlich, aber auch nur ein solches, in welchem die Produktionsmittel Privateigenthum sein können, heisst Klassenstaat. Deshalb kann ein Gemeinwesen, in welchem die Produktionsmittel kein Privateigenthum sein können, auch niemals ein Klassenstaat sein, selbst wenn darin soziale Zwangsapplication herrscht. Erhebliche Besitzunterschiede, das sind nämlich die einzigen Klassenunterschiede, sind dann eben nicht mehr möglich.

Der ganz unklare Herr Starkenburg leistet es sich dann, mir zur Abwechslung einmal Unklarheit vorzuwerfen. Ich sei in Unklarheit über das Verhältniss des Staates zum Eigenthumsbegriff. Aber dieses Verhältniss habe ich ja mit keiner Silbe berührt, geschweige untersucht, und zwar aus dem sehr triftigen Grunde, weil ich jeder Unklarheit geflissentlich aus dem Wege gehe. Staat ist nämlich kein sprachlich feststehender Begriff, also ein unklarer Begriff, demnach auch nur für Phrasenhelden zur Umgehung logischer Erörterung brauchbar. Wenn Engels vom Staate redete, so gab er doch im Gegensatz zu Starkenburg eine ganz bestimmte Definition desselben, die jedoch in der Wissenschaft durchaus keine allgemeine Geltung erlangt hat.

Die Starkenburgsche Polemik wird weiter durch Folgendes gekennzeichnet.

Ich hatte ausgeführt, dass der Anarchismus die Moral überhaupt beseitigt. Nein, sagt Starkenburg, denn die Beseitigung der Moral sei ein Hirngespinnst. Ja, das war ja aber auch meine Meinung, und ich folgerte daraus, dass der Anarchismus auch deshalb ein Hirngespinnst sei. Starkenburg aber folgert daraus umgekehrt, dass er möglich und nothwendig sei, und nennt meine Folgerung „viel Spuk in wenig Worten.“

Weiter versichert er uns, es sei die soziologische Aufgabe des wirthschaftlichen Sozialismus, den vollkommenen Typus auf Kosten des unvollkommenen auszubilden. Wie oft denn soll man es wiederholen, dass der Sozialismus überhaupt keine ideologischen Ziele, sei es Vollkommenheit, Freiheit oder dergleichen kennt? Derartige Ziele sind der materialistischen Geschichtsanschauung fremd. Aber freilich, es ist leichter, Phrasen zu dreschen, als sich mit jener bekannt zu machen; darum werden wir uns leider noch häufig mit sozialistischen Schriftstellern à la Starkenburg herumzuschlagen haben.

Beiläufig ist Vollkommenheit auch so ein Kautschukbegriff, der gut dahin passt, wo man durch klangvolle Worte imponiren will. Im Sumpfe sind natürlich die Sumpftiere, auf dem Misthaufen die Mistkäfer die vollkommensten Wesen, in der kapitalistischen Gesellschaft die mit dem grössten Erwerbssinn und Charakterlosigkeit Begabten, in der Urgesellschaft waren es Andere, in der sozialistischen werden es Andere sein, in der anarchistischen würden es zweifellos die den Raubthieren Aehnlichsten sein. Nicht von dem vollkommensten, sondern von dem dem jeweiligen Milieu am besten angepassten Typus sollte man füglich sprechen. Vollkommenheit ist eben ganz relativ!

Doch dies nur nebenbei.

Um auf den Anarchismus zurückzukommen, so meint Starkenburg, es widerstreite keineswegs dem anarchistischen Prinzip, durch sozialen Zwang zur Erfüllung freiwillig

übernommener Pflichten angehalten zu werden. Indem er nun solchen Zwang für den bestimmten Fall freiwilliger Verpflichtung zulässt, hat er natürlich wieder vergessen, was Anarchismus bedeutet. Auch nach Starkenburg bedeutet er doch wohl Herrschaftslosigkeit. Aber das ist auch so ein Kautschukausdruck, der entweder nichts oder soziale Zwanglosigkeit bedeutet. Demnach erhalten wir als die Meinung Starkenburgs, dass sozialer Zwang dem Prinzipie sozialer Zwanglosigkeit nicht widerstreite. Es ist das ein würdiges Seitenstück zu seiner Meinung, dass Eigenthum eigentlich Nichteigenthum sei. Vielleicht überliest er noch einmal meine Ausführungen im Märzheft des Jahres 1897, pag. 148. Er wird dann noch deutlicher erkennen, dass er sich durch, wenn auch bedingte, Zulassung des Zwanges eines unverzeihlichen atavistischen Rückfalls in die zwangssozialistische Denkweise schuldig gemacht hat. Das ist ja überhaupt das Charakteristische am Anarchismus: so unnatürlich ist er, dass selbst seine Anhänger ihn sich garnicht anders vorstellen können, als indem sie zwangssozialistische Vorstellungen zu Hilfe nehmen. Sie unterscheiden sich nur in den Voraussetzungen, unter denen sie schliesslich doch alle die Zulässigkeit sozialen Zwanges anerkennen. Der Streit dreht sich in Wirklichkeit nur um das *Wann*, niemals aber um das *Ob* der Zwangsanwendung.

Starkenburg nun gar repräsentirt einen besonders gelungenen Typus jener naiven Anarchisten, die ganz unbefangen und unbewusst den Zwangssozialismus predigen. Das geht recht deutlich auch aus den mannigfachen Beispielen hervor, die er auf pag. 219 gegen mich ins Feld führt. Er weist da triumphirend auf die Ohnmacht des Einzelnen gegenüber einer Vielheit hin. Er vergisst dabei wieder, dass der Einzelne, namentlich der Stärkste, doch nur dann völlig ohnmächtig ist, wenn eine Vielheit geschlossen gegen ihn Front macht, d. h. sozialen Zwang anwendet, also den Anarchismus preisgibt. Aber bei konsequenter Durchführung der sozialen Zwanglosigkeit wird der Einzelne, namentlich der stärkste oder bestbewaffnete und schneidigste Kämpfer unter Umständen sehr leicht mit der ganzen anarchistischen Gesellschaft fertig werden. Er wird dann nämlich von den andern konsequenten Anarchisten erwarten müssen, dass sie sich nicht gemeinsam, sondern jeder nur einzeln gegen ihn vertheidigen, sonst läge ja sozialer Zwang und damit Beseitigung des Anarchismus vor (vergl. hierzu nochmals meine Ausführung im Märzheft pag. 148).

Der Stärkste kann also, so lange der Anarchismus besteht, Einen nach dem Andern aus der vieltausendköpfigen Menge herausgreifen und todt schlagen, ohne dass ein anderer Anarchist dem Bedrohten beispringen wird. Der Todtschläger ist ja sicher, dass sich nicht Mehrere gleichzeitig gegen ihn wenden. Und wenn sich gar 20 oder 30 zur Zwangs-anwendung gegen die zwanglose Gesellschaft verbündeten, dann wäre es sofort um diese geschehen.

Es wäre natürlich unlogisch, einzuwenden, dass allerdings im Angriffsfalle eine gemeinsame Vertheidigung (sozialer Zwang) eintreten würde, und die Furcht davor genügen dürfte, um jeden Einzelnen in Schranken zu halten. Die Beweislast der Anarchisten geht doch dahin, zu zeigen, was der Anarchismus aus sich selbst heraus, ohne dass er sozialen Zwang herbeiruft, leisten kann, nicht aber, was die Drohung mit gemeinsamer Vertheidigung, d. h. mit der Aufhebung des Anarchismus, also sein Gegentheil, eine Zwangsordnung, bewirken würde. Die Berufung auf soziale Zwangsanwendung ist deshalb die denkbar grösste Naivität, wenigleich ein Hauptkennzeichen unserer anarchistischen „Denker.“ Ueberall, wo Uebergriffe in die Interessensphäre Anderer durch die Aussicht auf den Widerstand Mehrerer, also durch sozialen Zwang, verhindert werden soll, da besteht eine Zwangsordnung, aber niemals Anarchismus.

Hiernach bricht das anarchistische System schon theoretisch rettungslos in sich zusammen. Die praktische Erprobung erübrigt sich mithin. Allerdings, das fehlt ja allen Anarchisten, dass sie nicht fähig sind, ihr eigenes System bis zu den letzten Konsequenzen logisch zu durchdenken.

Nun könnte ein Anarchist auf den Einfall kommen, zu versichern, dass der gedachte Angriffsfall, der gemeinsame Vertheidigung erheischen würde, undenkbar sei. Ja, wir

haben doch oben überzeugend nachgewiesen, dass für die einzelnen Individuen eine sehr grosse Verschiedenheit der Lebensbedingungen stets und naturnothwendig bestehen bleiben wird, und dass daraus Interessenkonflikte resultiren müssen, die auch nach Starkenburg eine autoritäre Moral zeitigen müssten, also eine Moral, die in vielen Beziehungen Zwangsschutz erfordert. Mit anderen Worten: Der Anarchist wird infolge des natürlichen Interessenkonflikts häufig auch in der zwanglosen Gesellschaft den *Trieb* empfinden, gemeinschädlich zu handeln. Wenn er nun obendrein kraft des Prinzips gesellschaftlicher Zwanglosigkeit auch gemeinschädlich handeln *darf*, also jede Unthat, jedes Verbrechen prinzipiell erlaubt wird, dann gehört die ganze Verblendung logisch ungeschulter Köpfe dazu, anzunehmen, dass er keinesfalls gemeinschädlich handeln *wird*.

Beispiele sind zuweilen unglücklich gewählt und diskreditiren dann die an sich unanfechtbare Theorie, die sie fördern sollten. Mit diesem Vorbehalt möchte ich das Gesagte durch folgende Beispiele verdeutlichen.

Auch in der zwanglosen Gesellschaft würden Viele das natürliche, aber gemeinschädliche Interesse haben, gut zu leben, ohne doch produktiv zu arbeiten. Es ist deshalb vor auszusehen, dass Viele versuchen würden, Schwächere zu zwingen, ihnen das zur Nahrung, Kleidung, Wohnung Erforderliche unentgeltlich zu liefern.

Wie steht es ferner mit der Vornahme von feuergefährlichen Experimenten, z. B. der Anlage von Dynamitfabriken oder auch nur dem Abbrennen von Feuerwerk an jedem beliebigen Orte, z. B. in der Nähe von Holzbauten, oder von Getreideschobern oder von industriellen Anlagen? Käme man da wirklich ausnahmslos ohne jede Vorschrift hinsichtlich der Feuersicherheit aus?

Und wenn ein Anarchist konträr sexuelle Neigungen empfinde, z. B. Kinder missbrauchen möchte? Oder wenn er ein bestimmtes Mädchen besitzen möchte, das ihn nicht mag, ist da anzunehmen, dass er da nicht Gewalt anwenden werde, wenn er kann und darf?

Was will es demgegenüber besagen, wenn Starkenburg einige Beispiele anführt, aus denen nur folgt, was ich niemals bestritten hatte, dass Menschen auch einige gemeinsame Interessen haben können. Er erinnert an Unternehmerverbände, Kartelle, die doch ebenfalls durch gemeinsame Interessen freiwillig zusammengeführt und zusammengehalten würden. Das Beispiel ist freilich schwach gewählt; denn mit dieser Freiwilligkeit hat es häufig seine guten Wege und dieselbe Bewandniss wie mit der „Freiheit“ des Arbeitsvertrages, wo die drohende Vernichtung der wirthschaftlichen Existenz, der Hungerzwang, in Starkenburgs Augen wohl auch keinen Zwang darstellt? Solche Kartellverpflichtungen werden überdies sehr häufig nicht erfüllt, im Gegentheil, wenn irgend möglich umgangen. Ich stehe mitten im Geschäftsleben und weiss ein Lied davon zu singen. Danach würde auch in der zwanglosen Gesellschaft auf die freiwillige Erfüllung übernommener Verpflichtungen häufig nicht zu rechnen sein.

Auch der Couleurstudent, auch die höhere Tochter befolgen die Sittenvorschriften ihrer Kreise, weil die Nichtbeachtung regelmässig die Vernichtung ihrer Existenz nach sich zieht. Gleichwohl giebt es Manche, die sich selbst diesem gewaltigen Zwange nicht beugen, ein Beweis dafür, dass selbst ein durch Hungerzwang verstärkter moralischer Druck häufig nicht ausreicht. Und nun gar in einer zwanglosen Gesellschaft, wo die soziale Achtung keineswegs die Bedeutung haben würde, die sie heute in gewissen Kreisen noch hat, weil sie nicht einmal die Existenz des Allerschwächsten vernichten würde, der Stärkste aber die Beleidigung sozialer Achtung sehr wirksam damit beantworten könnte, dass er so lange Mitglieder der zwanglosen Gesellschaft niederschlägt, bis der Rest ihm wieder die gebührende Achtung erweist. Auch braucht ein Starker ja nur zuzugreifen, dann hat er Alles, was er braucht; seine Existenz wäre also niemals gefährdet.

Gerade aus dem Beispiele der höheren Tochter, die sich selbst dem heutigen stärkeren Drucke nicht fügte, würde zu folgern sein, dass gar mancher Anarchist die weit schwächlichere Achtung seiner Genossen bequem ertragen und verlachen und auf Kosten

der Anderen seinen eigenen Weg gehen würde. Gegen ein derartiges Verhalten wäre dann, wie wir gesehen haben, in der anarchistischen Ordnung überhaupt kein Kraut gewachsen; sie müsste ihren Bankerott erklären, d. h. sofort zum sozialen Zwange zurückkehren.

Und auf solche Aussichten hin sollen wir Anarchisten werden? Ueberlassen wir das nach alledem den Poeten minderen Ranges, aus denen der Anarchismus sich ja ausschliesslich rekrutirt, und schliessen wir uns Denen an, die sich wirklich noch im Vollbesitz nüchterner Urtheilskraft befinden und aus gegebenen Thatsachen logische Schlüsse zu ziehen im Stande sind.

Michael Bakunin in den Jahren 1848—1849.

Von

Max Nettlau.

(London.)

Fünfzig Jahre nach der Pariser Februar-Revolution wird der Säbel, der damals das Volk mordete, in Paris als höchstes Ideal gefeiert; fünfzig Jahre nach dem Erwachen Oesterreichs im März 1848 herrscht ärger als je dieselbe Feindschaft der Nationalitäten, die im Laufe von 1848—49 der Reaktion wieder für lange Jahre zum Sieg verhalf. Die meisten Achtundvierziger haben längst den Kampf für ihre damaligen Ideale aufgegeben und wenn unsere Generation älter wird, von wie Vielen wird nicht das Gleiche gelten! Unter diesen Umständen mag ein Rückblick auf einen immer jung gebliebenen Achtundvierziger, der den Kampf für die Befreiung der Menschheit aus materieller und moralischer Knechtschaft nie aufgab, und seine damalige Thätigkeit einiges Interesse haben: Anderen mag er als Beispiel der Undurchführbarkeit idealer Bestrebungen gelten, für uns ist er der kämpffreudige Vorläufer der kommenden Freiheit, ein Mann, der nach dem, was er gethan, mit besserem Gewissen in den Kerkerzellen ruhen konnte, als seine Gegner auf dem Gipfel der Macht. Ich meine Michael Bakunin, den viel Verfolgten, viel Geschmähten und in seinem wirklichen Wesen, wie in seiner Geschichte eigentlich noch recht wenig Gekannten.¹⁾

Bakunin, der im Juli 1844 aus Brüssel nach Paris gekommen war, verlebte dort in engem Anschluss an die freiheitlichsten Männer der fortschrittlichen französischen Richtungen und der polnischen, russischen und deutschen Emigration glückliche Jahre, der kommenden Revolution freudig

¹⁾ Ich habe mich seit Jahren mit der Biographie Bakunins beschäftigt und habe den bis zum September 1868 reichenden Theil derselben Mitte März d. J. in nur fünfzig Exemplaren, die meist den grösseren Bibliotheken zur Verfügung gestellt wurden, herausgegeben; die geringe Auflage war durch den grossen Umfang bedingt: der Inhalt dieses Abschnitts umfasst allein 385 Folio-Seiten. Man findet Exemplare z. B. in den Königl. Bibliotheken von Berlin und Dresden, der Universitäts- und Städtischen Bibliothek in Wien etc.

Ueber Bakunins Ideen unterrichtet man sich am leichtesten aus *Dieu et l'Etat* (Genf 1882) und *Fédéralisme, Socialisme et Antithéologisme*, in dem von mir herausgegebenen Band *Oeuvres* (Paris, P. V. Stock, 1895, 18^o). Für sein persönliches Wesen ist sein Briefwechsel mit Herzen und Ogarov (Stuttgart, Cotta, 1895) die reichste Quelle, zu deren wirklicher Beurtheilung aber einige Vertrautheit mit vielen Theilen der revolutionären Geschichte dieses Jahrhunderts nothwendig ist.

und vertrauend entgegensehend. Georg Herwegh, Proudhon, Herzen zogen ihn besonders an. Am 6. September 1847 schrieb er an Georg und Emma Herwegh: „. . . . Mit einem Wort, Freunde, fühlt man ausser Frankreich selbst l'approche de l'orage. Glaubt's mir, bald wird es gut gehen, unser Leben fängt bald an, und wir werden doch noch einmal so zusammen leben und wirken, breit und heiss, wie wir es alle Drei nöthig haben“. Und wenige Monate darauf unternahm er den Schritt, der ihn für immer in die offene Bewegung trieb; er hielt am 29. November 1847 seine bekannte Ansprache an die Versammlung der polnischen Emigration, eine flammende Anklage gegen das offizielle Russland: „Die Aussöhnung Russlands und Polens ist ein einzelnes Werk, wohl würdig ihm sein ganzes Leben zu widmen. Sie bedeutet die Befreiung von sechzig Millionen Menschen, die Befreiung aller unter fremdem Joche seufzenden slavischen Völker und den Sturz, den endgiltigen Sturz des Despotismus in Europa.“ Die Folge der Rede war seine Ausweisung aus Frankreich, verschärft noch durch die von dem russischen Gesandten Kisselew soufflirten Verdächtigungen, die der Minister Graf Duchâtel auf der Tribüne der Kammer vorbrachte, und auf die Bakunin in seinem offenen Brief an diesen letzten Minister Louis Philippes in der *Réforme* vom 11. Februar 1848 entsprechend erwiderte.

Bakunin wendete sich nun nach Brüssel und wollte gerade nach London gehen, als die Februar-Revolution ihn selbstverständlich sofort nach Paris zurückführte.

Die ersten Wochen der jungen Freiheit genoss er in vollen Zügen, aber gar bald, früher als manchem Andern, wurde ihm klar, dass nur die Personen, nicht der Geist der Regierenden gewechselt, und die Revolutionäre von gestern, die Machthaber von heute waren fröh, einen so unbeugsamen Anhänger der Freiheit, dessen Urtheil die Aenderung der Aeusserlichkeiten der Regierungsform nicht trübte, Anfang April nach Deutschland abreisen zu sehen, fest entschlossen, sich in die polnischen Provinzen zu begeben und für eine polnisch-russische Revolution thätig zu sein.

Die Reise führte ihn über Frankfurt, wo er viele Demokraten der späteren Nationalversammlung kennen lernte, und Köln, wo er sich aus Anlass von Marx' und Engels' Urtheilen über Georg Herwegh und den deutschen Freischaarenzug mit Beiden endgiltig entzweite, nach Berlin. Was er unterwegs sah, befriedigte ihn wenig. „In Frankfurt war ich noch immer wie im Fieber; hier ist das Fieber unmöglich, weil trotz aller eingebildeten, scheinbaren Bewegung philisterhafte Ruhe herrscht. . . je weiterich nach Norden komme, desto trauriger und schrecklicher wird mir zu Muthe“. ²⁾ Da er in Berlin polizeilich belästigt wurde, wendete er sich bald über Leipzig (23. April), wo er Arnold Ruge wiedersah und ihn, wie früher, bezauberte, nach Breslau, das ihm für seine polnischen Pläne zunächst eine Basis sein sollte. Was auch immer er danach beabsichtigt hat, es wurde jedenfalls durch die Niederlagen der polnischen Bewegungen im Posenschen und in Krakau (25—26 April) zunächst unmöglich gemacht, und so verlieren wir ihn für einige Wochen, die er wohl in Breslau zubrachte, aus dem Gesicht, bis ihn der Slavenkongress gegen Ende Mai nach Prag führte.

²⁾ Brief an Annenkow, Köln. 17. April.

Die Ziele derjenigen, die den Kongress angeregt, und ihrer Hintermänner berühren uns hier nicht; wir glauben nicht wesentlich zu irren, wenn wir als Bakunins Standpunkt den annehmen, dass er auf jeden Fall seine Ansichten auf diesem Kongress vertreten musste: war derselbe von der Reaktion inspirirt, war es umso nothwendiger, ihr offen entgegenzutreten, und nahm derselbe einen fortschrittlichen Charakter an, ein umso besserer Boden musste er für Bakunins so weit gehende Richtung sein. Ausserdem musste es ihm wichtig erscheinen, als der einzige damals mit der Vergangenheit offen brechende revolutionäre Russe die nach seiner Ansicht wahre Rolle des russischen Volks auseinanderzusetzen gegenüber den russophilen panslavistischen Tendenzen mancher kleinerer slavischen Nationalitäten einerseits und dem einseitigen Russenbass der Vertreter der nationalen polnischen Revolution andererseits.

Er war einer Derjenigen, welche die Umwandlung des ursprünglich nur österreichischen in einen allgemeinen Slavenkongress wünschten und auch durchsetzten. Er nahm an der Redaktion des Manifests an die Völker Europas theil, welches aber nur in der von Palacky umgearbeiteten und jedenfalls wesentlich gemilderten Form vorliegt. Den klarsten Ausdruck fanden seine Ansichten in den von dem betreffenden Comité zurückgewiesenen Statuten der neuen slavischen Politik, deren Text in polnischer, tschechischer und deutscher Uebersetzung noch im Sommer 1848 veröffentlicht wurde.

Dieses Programm³⁾ mag vom sogenannten praktischen Standpunkt aus betrachtet äusserst phantastisch erscheinen, auch der damaligen Lage zu wenig entsprechend, um durchführbar zu sein; es ist aber für die Beurtheilung der Entwicklung Bakunins ein äusserst werthvolles Dokument. Bis vor Kurzem war nämlich über die Vorgeschichte seiner anarchistisch-sozialistischen Ideen, wie er sie vor der Oeffentlichkeit zuerst auf den Friedenskongressen in Genf (Sept. 1867) und Bern (Sept. 1868) und in seinem Brief an die Demokratie vom Frühjahr 1868 vertrat, wenig bekannt. Vor diesem Auftreten lagen — von der ganz dunkel gebliebenen italienischen Periode (1864—67) abgesehen — seine russisch-polnisch-schwedische Thätigkeit (1862—63) und die Ereignisse von 1848—49, während welcher er, mit unmittelbaren revolutionären Plänen beschäftigt, kaum je in der Oeffentlichkeit seinen wirklichen Standpunkt, seine Auffassung der künftigen Gesellschaft darlegen konnte. Man wusste daher nicht, wann sich eigentlich seine anarchistischen Anschauungen entwickelten, und dies führte in der gewöhnlichen Auffassung zu einer Verkenennung seiner ganzen späteren Thätigkeit in der Friedensliga, Alliance und Internationale, wo man sich doch wegen des Mangels an Belegen eines Urtheils überhaupt hätte begeben sollen. Erst jetzt lässt sich aus der seit 1895 veröffentlichten Briefen und aus mir bekannten Manuskripten (seit 1865) sehen, wie weit thatsächlich seine anarchistisch-sozialistischen Anschauungen in der ihm persönlich eigenthümlichen Form zurückreichen, und wie diese all seinen anderen Anschauungen zu Grunde liegen.⁴⁾ Hier sei nur eine Stelle aus einem

³⁾ In den Beilagen zum Briefwechsel, 1895, jetzt leicht zugänglich.

⁴⁾ So findet sich z. B. Einiges aus dem Antithéologisme (1867—1868) und aus Dieu et l'Etat (1870—1871) schon fast wörtlich in einem Manuskript aus dem Anfang 1865; und die mehrfach in Manuskripten gegebene Auffassung einer freien Gesellschaft — sehr ausführlich in dem wirklichen Catéchisme révolutionnaire, der in das Frühjahr 1866 verlegt worden sein muss und nicht mit dem gewöhnlich sogenannten und Bakunin zu-

Brief an Herwegh vom Sommer 1848 angeführt: „Uebrigens interessire ich mich sehr wenig für Parlamentsversammlungen, die Zeit des parlamentarischen Lebens, der Assemblées und Constituantes nationales u. s. w. ist vorüber; und wenn man sich aufrichtig fragen wollte, so müsste ein Jeder gestehen, dass er eigentlich gar kein Interesse mehr oder nur ein gezwungenes, eingebildetes für diese alten Formen hat; — ich glaube nicht an Konstitutionen und Gesetze, die beste Konstitution würde mich nicht befriedigen können. — Wir brauchen etwas Anderes: Sturm und Leben und eine neue gesetzlose und darum freie Welt.“ Die vier Worte gesetzlos und darum frei enthalten den Kern der anarchistischen Idee so klar ausgedrückt, dass sie als Resumé einer Weltanschauung und nicht als zufällig hingeworfene Aeusserung gelten müssen. Aehnliche Ansichten sprachen, von Proudhon abgesehen, Richard Wagner und Karl Vogt bald nach 1848 aus, und Herwegh und Herzen standen ihnen nahe: alle diese waren Freunde Bakunins.

Dem Slavenkongress folgte die blutige Pfingstwoche (12—17. Juni 1848), die Bakunin endlich Gelegenheit gab zu handeln. „Er war sicher fast der Einzige“ — schrieb 1861 einer der wenigen den 1848er Idealen treu bleibenden Tschechen, — „der bei der allgemeinen Konfusion den Kopf nicht verlor und den festen Willen hatte, aus den von der Reaktion leichten Sinnes provozierten Unruhen eine wahre Revolution zu machen. Er zeigte sich überall, wo die grösste Gefahr war, half, wo Keiner Rath wusste, nahm Theil an allen geheimen und öffentlichen Berathungen, trat von der Barrikade in die Berathungstube, verhandelte mit den vom Lande nach Prag geschickten Deputationen und begab sich selbst auf das Land, um eine allgemeine Bewegung hervorgerufen, die der Handvoll in der Stadt cernirter Kämpfer zur Hilfe kommen sollte. Wir müssten zu sehr auf Einzelheiten eingehen, wenn wir erklären wollten, warum das Alles vergebens war. Es genügt, dass Bakunin Alles that, was in seinen Kräften lag und in wenigen Tagen solche Bedeutung und in solchem Maasse das Vertrauen der revolutionären Partei gewann, dass man mit ihm auch später in beständiger Verbindung blieb.“ — Leider musste er schliesslich einsehen, dass die gegenwärtige Bewegung, vor Allem durch die Philisterhaftigkeit der kleinbürgerlichen Kreise, zu schwach sei, und dass ein mächtiger Vorkampf anderswo abgewartet werden müsse. So begab er sich nach Breslau und, von der Polizei zur Abreise gezwungen, um die Mitte Juli 1848 nach Berlin.

Damals ereignete sich folgendes: die Neue Rheinische Zeitung erklärte ihn am 6. Juli für einen russischen Agenten, und so wurde gerade in einer Zeit, als er seine weitreichenden Pläne für 1849 einzuleiten begann und Vertrauen, wie persönliche Ruhe und Verborgenheit brauchte, die Aufmerksamkeit auf ihn geleitet und seine Thätigkeit zeitweilig vernichtet. Diese Angelegenheit wurde zwar durch George Sands Erklärung (20. Juli) und den Widerruf der Beschuldignng durch die Redaktion beendet; trotzdem hat sie der Volksstaat 1872 in grotesk entstellter Weise wiederholt. Bakunin erzählt diese Vorkommnisse selbst in einem Manuskript von 1872.⁵⁾ Marx rechtfertigt sich

geschriebenen Schriftstück S. G. Netschajews zu verwechseln ist, — diese Auffassung liegt schon den Statuten der neuen slavischen Politik von 1848 zu Grunde, wie ein Vergleich derselben mit dem in meiner Biographie mitgetheilten *Catéchisme révolutionnaire* von 1866 zeigen kann.

⁵⁾ Gedruckt in der Société nouvelle, Brüssel 1894, Juillet-août, pag. 17—19.

in einem Brief an den Londoner Morning Advertiser vom 2. September 1853. Beide sahen sich im August 1848 in Berlin wieder, wo gemeinsame Freunde sie zwangen, sich zu umarmen. Ihre letzte Begegnung fand im Oktober 1864 statt, wo Marx Bakunin aufsuchte und ihn versicherte, dass er den gegen ihn gerichteten Verläumdungen fern stehe. „Ich musste ihm glauben“ bemerkte Bakunin hierzu.

In Berlin verkehrte Bakunin damals in dem ihm längst bekannten und sympathischen Müller-Siegmundschen Kreise, in dem ähnlich wie im Kreise Herweghs in Paris oder der Familie Vogt in Bern eine heitere und freie Lebensauffassung herrschte. Auch mit Max Stirner kam er danach zusammen.

Seine Erfahrungen mit deutschen Politikern jener Zeit verstärkten den tiefen Hass gegen das deutsche Philistertum, der schon aus seinem ersten bekannten Brief aus Berlin (1840) spricht: der Unterschied zwischen dem weitgehendsten Idealismus und dem kühnsten Gedankenflug in der Philosophie in Büchern und den matten Professoren- und Advokatengestalten in der praktischen Politik fiel ihm in Deutschland sofort auf, und er fühlte, wie schwer seine Arbeit sei, die Revolution, die ja für ihn im Februar und März doch nur erst begonnen, vorwärts zu treiben. „Nirgends ist der Bourgeois ein liebeswürdiger Mensch, aber der deutsche Bourgeois ist niederträchtig mit Gemüthlichkeit. Selbst die Art dieser Leute, sich zu empören und ihre Empörung auszudrücken, ist empörend Ich finde keinen Ausdruck, um Dir (Herwegh) die Stupidität, den Leichtsinn und die abstrakte Prinzipienreiterei der sogenannten demokratischen Führer in Deutschland zu bezeichnen.“ (8. Dezember 1848). Den Muth verlor er deshalb nie: „Aber die Revolution ist da, lieber Freund (Herwegh), überall da, wirkend, gährend, ich habe sie überall gefühlt und gefunden, — und ich fürchte mich nicht vor der Reaktion“ (Sommer 1848). „Wenn die deutsche Nation bloss aus der grossen, leider zu grossen Masse der Spiessbürger, der Bourgeoisie bestände, aus dem, was man heute das offizielle, sichtbare Deutschland nennen könnte, — wenn unter dieser offiziellen Deutschen Nation es nicht Stadtproletariat, besonders aber eine grosse Bauernmasse gäbe, dann würde ich sagen müssen: es giebt keine deutsche Nation mehr, Deutschland wird erobert und zu Grunde gerichtet werden. — Nur ein anarchistischer Bauernkrieg und die Verbesserung (bezw. Verbitterung?) der Bourgeoisie durch die Bankerotte kann Deutschland retten“. Die demokratischen Führer fürchten einen solchen Bauernkrieg, wollen nicht die sogenannten „schlechten Leidenschaften“ (d. h. soziale Bestrebungen) im Volke wecken. „Schlechte Leidenschaften“ — meint aber Bakunin — „werden einen Bauernkrieg hervorbringen, und das freut mich, da ich nicht die Anarchie fürchte, sondern sie aus ganzer Seele wünsche — sie allein kann uns aus dieser verfluchten Mitte, in der wir seit so lange vegetiren müssen, herausreissen“. (8. Dezember 1848).

Am 22. September reiste er von Berlin nach Breslau; am 6. Oktober wurde er dort aus ganz Preussen ausgewiesen. Er wollte nun in Dresden bleiben; es erfolgte sofort die Ausweisung aus Sachsen (9. Oktober). Nun kam er über Leipzig nach Köthen und fand in Anhalt ein sicheres Asyl.

Die Vereinigten Herzogthümer von Anhalt waren danach eine Oase der Freiheit in Deutschland, und Bakunin, der auch die Minister Habricht und Köppe in Dessau kennen lernte, fand die freundlichste Aufnahme in dem freisinnigen Köthener Kreise der von Behr, Sander, Vierthaler u. A., zu denen ja

auch in den vierziger Jahren die „Berliner Freien“, die Stirner, Bauer u. s. w. manche Exkursion unternahmen.“) Diese Monate, Oktober bis Ende 1848, theils in Köthen, theils während der Landtagssitzungen in Dessau, vergingen in der Einleitung der 1849er Konspiration, der Publikation des „Aufrufs an die Slaven“ und in heiterem geselligen Verkehr; von den Anhalter Freunden schreibt er am 9. Dezember 1849 aus der Festung Königstein an seinen Freund A. Reichel, der ihm fürs ganze Leben treu blieb: „Von meinen natürlichen Quellen abgeschnitten, wäre ich diese ganze Zeit (Mai bis Dezember im Gefängniß) in der grössten Noth gewesen, wenn nicht einige Freunde in Köthen zu meiner Hilfe gekommen wären. — Von Polen habe ich nichts zu erwarten, — die Meisten sind selbst in der Noth, die Andern ziehen sich aber klugerweise zurück. Ich könnte Manches über die polnische Zuverlässigkeit und Dankbarkeit sagen. — Meine sichersten Freunde bleiben doch Deutsche; ist es nicht sonderbar? Ein Slave, ein Russe findet seine letzten Freunde in Deutschland.“

Der Aufruf an die Slaven erschien ungefähr Anfang Dezember 1848 in Köthen. „Ich rieth“ — schreibt Bakunin darüber 1872 — „den Slaven Oesterreichs, die Propagandisten des moskovitischen Panславismus als gefährliche Betrüger oder als Verräther zurückzuweisen; ebenso aber die Verbreiter eines neuen österreichischen Slavismus, den in demselben Jahr der tschechische Historiker Dr. Palacky erfunden oder wenigstens offen eingestanden hatte, und dessen Anhänger die Rieger, Brauner, Thun und so viele andere politische Equilibristen waren, über die ich schon oben meine Meinung gesagt habe. Ich rieth ihnen vollständig, mit Ausschluss jedes Anderen, das Prinzip der demokratischen und sozialen Volksrevolution anzunehmen und all ihre historischen Beschwerden vergessend, alle dummen Rassenvorurtheile in ihr Herz zurückdrängend, denjenigen Revolutionären Deutschlands und Ungarns die Bruderhand zu reichen, welche ihrerseits jeden Herrschaftsgedanken von sich weisend den Slaven das unbestreitbare Recht einer autonomen Existenz zuerkennen.“ Diese Broschüre, deren scharfe Sprache sich wohl auch heute noch mit den österreichischen Pressverhältnissen nicht vertragen dürfte, — damals wurde die tschechische Uebersetzung in den Noviny Slovanské Lipy angeklagt, ein Grazer Journalist, der Auszüge abgedruckt hatte, wurde von Soldaten des Regiments Windischgrätz furchtbar misshandelt etc. — diese Broschüre wurde von beiden Seiten zurückgewiesen und bekämpft, so von Marx in der Neuen Rheinischen Zeitung vom 14. und 16. Februar 1849 und von den Tschechen (im Kremsierer Reichstag am 24. Januar; Palacky am 26. Januar). Und doch hätte ihr Grundgedanke: die Vereinigung der deutschen, ungarischen, italienischen und slavischen Demokratie vielleicht allein die ursprünglichen Erfolge des Jahres 1848 retten können. Statt dessen verhalfen die Slaven der Reaktion zum Siege — Tschechen, Slovaken, Kroaten triumphirten über die Niederlage Wiens und Ungarns.

Bakunin wollte nun nicht blos über alle diese Dinge schreiben, sondern vor Allem handeln. „Jetzt fängt man an, was man eigentlich schon vom Frühjahr her thun musste — aber die betrunkenen Menschen waren nicht dazu zu bringen —, jetzt fängt man an, Gott sei Dank, sich so ziemlich zu organi-

*) Hierüber werden wir bald aus J. H. Mackays Stirner-Biographie Näheres erfahren.

siren und geheime Gesellschaften zu gründen; — man will sich für den Kampf, den man allgemein hier im Frühjahr erwartet, gründlich vorbereiten.“ Im Januar 1849 übersiedelte er nach Leipzig, wo er ganz zurückgezogen leben musste; mit Hilfe junger tschechischer Studenten verkehrte er mit Prag und reiste auch einmal unter grosser Gefahr im Geheimen dorthin. Er soll dort für eine gleichzeitige Bewegung in Deutschland und Böhmen gewirkt haben, um der ungarischen Revolution, die von der russischen Intervention bedroht war, zu helfen; sei dies unmöglich, so sollten sich Alle nach Polen wenden, um durch einen Aufstand dort den Zar zu hindern, sich auf Ungarn zu werfen. — „In Deutschland gehen die Sachen gut,“ schrieb er am 28. Januar an Herwegh, „das schönselige und dumme Vielreden, — das vergangene Unheil ist fast gänzlich verschwunden und hat einer ernsten, schwülen, entschlossenen Stimmung Platz gemacht. Im Frühjahr eine neue Revolution.“

Anfang März wendete er sich nach Dresden, das ein viel revolutionärer Terrain als Leipzig und ihm von früher her gut bekannt war. In vielen Zusammenkünften, durch Emissäre und Briefe wurde die allgemeine Bewegung wohl für den Mai 1849 vorbereitet. Den Prager Theil der Konspiration hat uns J. V. Fric, wohl mit einigen Urtheilsfehlern, aber gewiss mit dem Bestreben, einen richtigen Bericht zu geben, geschildert; durch Papiere, die bei der Verhaftung August Roeckels in Dresden am Abend des 7. Mai gefunden wurden, wurde die dortige Verschwörung zerstört; obgleich man nach dem Misslingen der Dresdener Revolution wohl garnicht losgeschlagen hätte, wurden in der Nacht vom 9. zum 10. Mai in Prag Massenverhaftungen tschechischer und deutscher Studenten (Marcomannen) vorgenommen, und es folgte einer der härtesten Prozesse, die die 1848/49er Ereignisse zur Folge hatten. Als Ergebniss der Untersuchung gab das Kriegsgericht schliesslich (ohne weitere Details) bekannt, dass die beabsichtigte Revolution mit der in Deutschland geplanten in Verbindung gestanden habe; es habe eine Vereinigung der deutschen, tschechischen und magyrischen Demokratie zu diesem Zwecke stattgefunden mit dem Ziele der demokratischen Republik etc. Mehr als fünfzig meist junge Leute wurden theils zum Tode (begnadigt), theils zu vieljährigem Kerker verurtheilt und blieben bis zum 10. Mai 1857 eingesperrt, worauf noch für Manche Aufenthaltsbeschränkungen folgten. Bakunin selbst war der Angelpunkt dieses Prozesses; man verhörte ihn darüber in Sachsen und lieferte ihn schliesslich nach Oesterreich aus, wo er im Mai 1851 zum Tode verurtheilt und zu lebenslänglichem schweren Kerker begnadigt wurde.

In Dresden (März bis Anfang Mai 1849) konspirirte Bakunin ohne Zweifel nach allen Seiten hin, d. h. er suchte überall möglichst gleichzeitige Volksbewegungen anzuregen. Breslau, Berlin, Prag, Dresden waren wohl die Städte, auf die man am meisten rechnete. Dazu kam der Versuch, — in wie weit er gelungen, ist mir unbekannt, da ich die ungarische Revolutionsliteratur der Sprache wegen nicht hinreichend kenne — sich mit der ungarischen Revolution in Verbindung zu setzen, und wohl auch die Vorbereitung einer neuen polnischen Bewegung. Die Zeit war passend gewählt, denn auch in Paris stand eine neue Bewegung bevor, und wie weit man im Südwesten Deutschlands gekommen war, zeigte sich darin, wie leicht später Baden und die Pfalz der Republik in den Schooss fielen. Andererseits war der drohenden russischen Intervention wegen keine Zeit zu verlieren, und die Regierungen rüsteten sich ihrerseits; wie

Oesterreich sich mit Russland verständigte, so nahm schon im April die sächsische Regierung das Anerbieten des Königs von Preussen an, für den Fall von Unruhen nach Ablehnung der Reichsverfassung militärische Hilfe zu schicken. Theils hierdurch, theils durch die zu geringe Zahl wirklicher Revolutionäre und die Apathie der städtischen Bürger und der Landbevölkerung, theils wohl auch durch den zu frühen Ausbruch der Bewegung, die schliesslich Niemand kontrolliren konnte, wurde die Revolution, wo sie sich erhob, besiegt, und auch wo fast nichts vorkam, in Berlin, Breslau, Leipzig, Prag u. s. w. folgten Verfolgungen und langwierige Prozesse.

Denn die — nach Beusts Memoiren vom König von Preussen durch das Versprechen militärischer Hilfe unterstützte — Weigerung des Königs von Sachsen, die deutsche Reichsverfassung anzuerkennen, führte in Dresden zu Volksdemonstrationen, den üblichen Schüssen auf das Volk, zum Barrikadenbau (3. Mai) und zur Revolution. Am 4. Mai, nach der Flucht des Königs, wurde eine provisorische Regierung gewählt — O. L. Heubner, S. E. Tzschirner, K. Todt —, und vom 6. Mai ab begann der ernste Kampf.

Bakunin nahm nach allen Zeugnissen, freundlichen und feindlichen, an der Leitung der Vertheidigung den ernstesten Antheil, und die entschiedensten Maassregeln werden ihm zugeschrieben.⁷⁾ Seine Kaltblütigkeit und unerschütterliche Entschlossenheit machten ihn für viele Jahre zu einem wahren Schreckgespenst für den sächsischen Philister. Aber Dresden war nicht zu halten, seit preussisches Militär dem sächsischen half und die Provinz sich nicht allgemein erhob. Unter diesen Umständen, um nicht vollständig eingeschlossen zu werden, verliessen die provisorische Regierung und mehrere Tausend Mai-kämpfer in den frühesten Morgenstunden des 9. Mai auf der einzigen noch offenen Strasse über Tharandt die Stadt, um sich zunächst in Freiberg zu konzentriren und im Verein mit provinziellen Erhebungen und, wie man hoffte, der erwarteten nordböhmischen Revolution im freien Feld den Kampf fortzusetzen.

Bakunin hätte sich damals nach Köthen retten können, wohin einer seiner dortigen Freunde, Enno Sander, die am meisten kompromittirten Polen, darunter V. Heltman, sicher führte. Aber es fiel ihm augenscheinlich garnicht ein, den Kampf aufzugeben; er fuhr mit Heubner und H. Semmig — später kam Richard Wagner dazu — nach Freiberg, wo die unsympathische Haltung der Einwohner den Plan, sich dort festzusetzen, aufgeben liess. Hierauf fuhren Heubner, Bakunin und ein Anderer allein nach Chemnitz voraus, wo man einen neuen Stützpunkt für die Bewegung zu gewinnen hoffte. Nachdem Alles anscheinend geordnet war, legten sie sich nach vielen durchwachten Nächten todtmüde schlafen und — wurden in der Nacht (vom 9. zum 10. Mai) von Chemnitzer Bürgern überfallen und gefangen und am nächsten Vormittag in Altenburg preussischem Militär ausgeliefert, worauf sie — auf einem Umweg um Leipzig herum — am Abend desselben Tages in die Dresdener Rathsfrohnveste gebracht wurden.

Hiermit beginnen Bakunins Kerkerjahre: Dresdener Frohnveste, 10. bis 24. Mai; Neustädter Kavalleriekaserne, bis 28. August; Festung Königstein bis

⁷⁾ Das die Dresdener Mai-Revolution umfassende Kapitel meiner Biographie Bakunins wird im April in der Zeitschrift Van Nu en Straks (Antwerpen) in flämischer Uebersetzung erscheinen.

Mitte Juni 1850^{*)}; — Prager St. Georgskloster (ca. 10 Monate) und Olmützer Kasematten⁹⁾ (mehrere Monate), — Alexeïravelin der Peter- und Paulsfestung, St. Petersburg (zweite Hilfe 1851 bis 1854); Festung Schlüsselburg (1854 bis März 1857).

Es folgte sein Exil in Westsibirien (Tomsk, seit April 1857) und Ostsibirien (Irkutsk, seit März 1860), mit Reisen in Transbaikalien und am Amur, bis zu seiner glücklichen Flucht (seit dem 17. Juni 1861), die ihn über die Mündung des Amur, Japan, San Francisco, Panama, New-York und Liverpool am 27. Dezember 1861 nach London führte, worauf er, mehr als je zu neuer Thätigkeit bereit, zunächst der russischen und polnischen, dann der internationalen Bewegung die übrigen vierzehn Jahre seines Lebens widmete, eine Zeit in der seine eigentliche Bedeutung liegt.

Im Jahre 1848 war er fast der Einzige, der die Rettung der Revolution im gemeinsamen Vorgehen aller Völker Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns der Reaktion gegenüber erblickte und diese Idee mit allen Kräften und dem schliesslichen Opfer von zwölf Leidensjahren verfocht. Sind die heutigen Verhältnisse in dem Sinne aufzufassen, dass sein Streben ein für alle Zeiten hoffnungslos war?

Rundschau.

KUNST.

Die Ausstellung der Elf in Berlin im März, die alljährlich im Salon Schulte veranstaltet wird, bot auch diesmal ausserordentlich interessante Werke. Da es in Berlin nicht gelungen ist, obgleich es an den Kräften und dem Wunsche nicht fehlte, die modernen Künstler in einer Sezession zusammenzufassen, bilden die Elf die Gruppe, auf welcher der Ruhm der Berliner Maler beruht, da ihre Besten zu ihr gehören. Seit ihrer Gründung sind freilich schon wiederholt Maler ausgetreten und durch andere ersetzt. So gehören ihr in diesem Jahre Max Klinger und Hugo Vogel nicht mehr an, und an ihre Stelle sind Martin Brandenburg und Dora Hitz getreten. Als Gast ist diesmal auch Hermann Baluschké hinzugezogen. Brandenburg und Baluschké sind in letzter Zeit durch das Narrenschiff bekannter geworden. Ersterer gefällt sich meist in düsteren, symbolischen Bildern von ausgesprochenem „literarischen“ Charakter. Sie erscheinen gewollt; man hat den Eindruck, als ob der Maler mit seiner ursprünglichen

Begabung nicht zufrieden, nach Neuem, Unerhörtem gesucht habe. Es ist ihm nicht im geringsten gelungen, seine wirren Phantasieen künstlerisch zu gestalten. Und doch sieht man an Einzelheiten, dass er eine ansprechende koloristische Begabung besitzt, und auf einem grossen Bilde, Harshøj betitelt, auf dem ein junger Jäger in rothem Gewande unter alten Bäumen steht, liegt auch eine intime Märchenstimmung über der Natur. — Baluschké ist Satiriker. Gewöhnlich entnimmt er seine Motive dem Berliner Leben. Ein „Ordensritter“, der mit Kotillonorden übersät, des Morgens im Dämmerlicht an Fabriken vorüber nach Hause wandt, eine öde Strasse mit entstehenden Miethskasernen an der Grenze von Berlin im Regen, und Aehnliches. Auf einem Bilde versucht er zu einer grossen Wirkung zu kommen. Auf der Landstrasse, die weithin von weissen Steinen eingefasst ist, sitzt ein „müder Mann“, ein Handwerksbursche. Vorn übergebogen sitzt er da und schläft. Sein Hut ist ihm vom Kopf auf die Strasse gefallen. Die letzten Strahlen der schon tiefstehenden Sonne werfen einen röthlichen Schimmer über die Natur; hinten

^{*)} Todesurtheil am 14. Januar 1850, bestätigt am 16. April; in lebenslänglichen Kerker umgewandelt Anfang Juni d. J.

⁹⁾ Todesurtheil am 13. Mai 1851; umgewandelt in lebenslänglichen schweren Kerker.

zieht ein schweres Wetter herauf. Ein einziger Baum steht verlassen in dieser Oede. Auch an diesem ernsten Bilde stört ein Zug, der an den anderen in viel stärkerem Maasse hervortritt: eine Uebertreibung, die oft zur plumpen Karikatur wird. Meist hat dieser eine satirische Absicht zu Grunde gelegen; aber die Erkenntniss geht nicht tief, es sind triviale, an der Oberfläche bleibende Satiren.

Dora Hitz hatte nur ein Bildniss eines kleinen Mädchens ausgestellt, das in ihren zarten Farbentönen, grün und rosa, gehalten war, ohne gerade zu ihren besten Arbeiten zu gehören. Von den alten Mitgliedern der Vereinigung ist nach den Bildern dieser Ausstellung nichts Neues zu sagen. Von Liebermann war eine ganz hervorragende Kreidezeichnung, das Portrait des belgischen Bildhauers Constantin Meunier besonders bemerkenswerth, in wenigen breiten Strichen eine geniale Charakterdarstellung. Ein mächtiger Kopf von grossen Formen, eingerahmt von buschigem Haar und langem Bart. Ergreifend war das Müde, Gebrochene in der Haltung, der gütige, forschende und Alles verstehende Ausdruck in den Augen wiedergegeben. Skarbina wird bei aller flotten und sicheren Technik immer weniger erträglich mit seinen allzu weichen grünen und zartrothen Farben, die bei ihm in allen Bildern den Grundton bilden. Dabei verhartet er bei seiner pariserischen Manier. Es bleibt immer dieselbe Mache, gleichviel in welcher Stadt die Scene sich abspielt. Wenn es bei einer der Strassenscenen im Titel nicht vermerkt wäre, würde man nicht so leicht darauf kommen, dass sie in Berlin vor sich geht -- so wenig lokales Gepräge hat sie.

Das Interesse konzentrierte sich in dieser Ausstellung aber auf die Bilder von Walter Leistikow und Ludwig von Hofmann. Leistikow hatte eine grosse Landschaft aus dem Grunewald gesandt, die als Gegenstück gelten zu dem Bilde kann, mit dem er im vorigen Jahre einen grossen Erfolg erzielte. Ein Grunewaldsee, von Osten her gesehen. Um das Seeufer herum, das sich in einem grossen Bogen hinzieht, stehen die Bäume in tiefen grünen Schatten und bauen sich drüben auf der anderen Seite wie eine schwere Mauer auf gegen den lichten Abendhimmel, an dem in glänzendem Roth erstrahlende Wölkchen stehen. Der See liegt in tiefem Schweigen, aus seinem klaren Spiegel leuchtet das

Abendroth in satterem und tieferem Ton auf. Eine düstere Stimmung liegt über der Natur. Das Bild wirkt grösser und wichtiger als alle früheren Bilder von Leistikow. Auch ein Waldinneres und eine Abendstimmung aus Schweden lassen diese Tendenz, einfache Naturstimmungen zu einer grossen Wirkung zu steigern, erkennen. Dagegen haben die Versuche der Landschaftsstilisierung noch immer nicht zu Resultaten geführt, die den Eindruck der völligen Reife machen. Man bemerkt das Suchen nach neuen Ausdrucksweisen selbst noch allzusehr. Die Farbengebung hat bei dem Streben nach Vereinfachung oft jene eindringende Tiefe verloren, die Leistikow sonst auszeichnet, und ist gar zu stark, fast roh geworden. Auf einem Herbstbild sind die Baumkronen in einheitlichem Ton hingestrichen, und dann erst ist, um die einzelnen Bäume anzudeuten einige Zeichnung nachträglich eingefügt. Wo wirksame Momente in diesen Bildern liegen, sind sie vorhanden trotz der Stilisierung; auch in diesen ist es immer eine intime Naturschilderung, die sie hervorruft, während doch die Stilisierung, wenn anders sie überhaupt einen Sinn haben soll, ein Faktor der ästhetischen Wirkung sein muss.

Ludwig von Hofmann hatte nur ein Werk gesandt: Adam und Eva. Es ist die schwüle Stimmung vor einem heraufziehenden Gewitter. Am Horizont, hinter den Hügeln hervor, zieht eine mächtige Wolke herauf, drohende blauschwarze Wolkensphären umsäumen sie, ein fahles, Unheil kündendes Grauroth schimmert in ihrem weiten Felde. Ueber den Vordergrund, über den blumigen Grund, über den smaragdgrün glänzenden Fluss, der das Gelände durchzieht, über den in voller Blüthe stehenden Baum auf der kleinen Insel mitten im Fluss liegt noch die Sonne gebreitet; doch huschen schon Schatten darüber hin. Ganz vorn zwischen den Blumen ruht Adam in tiefem Schlafe. Ihm gegenüber steht Eva, die mit der einen Hand den Zweig eines Baumes erfasst, wie um sich zu stützen. Sie steht in sich versunken da, ihr Blick verliert sich ins Leere, sie ist ganz den seltsamen Stimmungen hingegeben die in ihr aufsteigen. Das ist ein Werk von monumentaler Grösse, von einem Farbenzauber, von einer Tiefe des Naturempfindens und der Seelenschilderung, von einer Kraft der materiellen Durchführung, die das Werk dem Besten einreihet, was die moderne deutsche Malerei hervorgebracht hat.

O. K.



ELEANOR MARX.